

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)  
 Publikationsorgan der Zentral-, Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 ₤ (ohne Bestellgeld). :: Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgeber: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 75 ₤, für Versammlungsanzeigen 50 ₤ die Zeile.

## Neue Reichstarifvertragsverhandlungen

Nachdem die Verhandlungen über einen neuen Reichstarifvertrag am 6. Februar gescheitert waren, durfte man kaum auf ihre baldige Wiederaufnahme rechnen. Die gegensätzlichen Auffassungen der Parteien in nahezu allen Punkten des Vertrages, das Bestreben der Unternehmer auf Abbau von für die Arbeiter bedeutsamen Vertragsbestimmungen, die immer wieder betonte starke Vertragsmüdigkeit in weiten Unternehmerkreisen und anderes mehr, eröffneten nur geringe Aussichten auf schnelle Fortsetzung der Verhandlungen. Es ist anders gekommen. Eine neutrale Stelle hat sich bemüht, die Vertragsparteien wieder zusammenzuführen, mit dem Erfolg, daß die Vertreter beider Parteien sich zur Weiterführung der Verhandlungen bereit erklärten. Man einigte sich auf die Fortsetzung der Verhandlungen Dienstag, 24. Februar, und folgende Tage, und auf den Beginn der bezirklichen Verhandlungen zwischen den Parteien über die künftigen Löhne in der ersten Märzwoche. Dieser Vorschlag fand die Zustimmung aller am Reichstarifvertrag beteiligten Organisationen, so daß der Fortsetzung der Verhandlungen nichts mehr entgegenstand.

So begannen die zweiten Verhandlungen Dienstag, 24. Februar, in den Räumen des Reichswirtschaftsrates in Berlin. Sie haben drei Tage gedauert, am dritten Tag bis in die Nacht hinein. Das ist nicht verwunderlich, denn der Reichstarifvertrag ist sehr umfangreich. Wenn der ganze in ihm enthaltene Fragenkomplex besprochen, wenn die zahlreichen dazu gestellten Anträge begründet und in Rede und Gegenrede behandelt werden sollen, so erfordert das Zeit. Aber nicht nur Zeit, noch mehr Geduld. Wenn gerade in den für die Arbeiter im Augenblick wichtigsten Fragen, wir erinnern an die Arbeitszeit, an die Akkordarbeit, bei den Unternehmern jede Begründung als in den Wind gesprochen gilt, wenn für die Nöte der Arbeiter so gar kein Verständnis zu erreichen ist, so muß das zeitweilig zu Stimmungsausbrüchen führen, die einfach unvermeidlich sind. Die Unternehmer sollten selbst bei rücksichtsloser Vertretung ihrer Interessen doch immer daran denken, daß auch der Arbeiter leben, daß er nicht nur essen und trinken will, sondern daß er auch Ansprüche haben muß auf die allerdringendsten Kulturbedürfnisse. In den letzten Jahren der großen Erwerbslosigkeit haben vornehmlich die baugewerblichen Arbeiter, haben unsere Kameraden ein Hungerleben geführt. Tausende sind jahrelang ohne Beschäftigung gewesen. Sie fordern Arbeit. Wir wissen, daß ihre Forderung nicht erfüllt werden kann, selbst wenn die 40stündige Wochenarbeitszeit zur Einführung gelangen würde. Sicher aber würde sich für einen Teil von ihnen Beschäftigung bieten. Daher muß jede Gelegenheit, die hierzu dienen könnte, benutzt werden. Es muß deshalb eine Verkürzung der Arbeitszeit kommen. Man kann diese so dringende Forderung nicht damit abtun, daß eine Arbeitszeitverkürzung produktionsverteuernd wirke. Die Erfahrungen sprechen gegen diesen Einwand. Wie die Unternehmer bei dem gegenwärtig herrschenden Arbeitslosenstand eine erweiterte Zulassung der Akkordarbeit fordern können, die in ihrer Auswirkung gleichbedeutend ist mit einer Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, das ist so unverständlich und unsozial, daß die Arbeiter sich dagegen schärfstens wehren müssen. Diese Gegensätze in der Auffassung zu überwinden oder zu versuchen, sie auszugleichen, müßte durch die Verhandlungen möglich sein. Bisher ist es nicht gelungen, ist eine Einigung in diesen Punkten nicht möglich gewesen.

Nicht anders in der Ferienfrage. Die Ferienkosten sollen für die Unternehmer, so behaupten sie, eine außerordentlich starke Belastung bedeuten. Dabei

wird von Arbeiterseite zahlenmäßig nachgewiesen, wie verhältnismäßig gering die Zahl der Arbeiter ist, die einen Ferienanspruch erwirbt, gering ganz besonders in den letzten Jahren großer Arbeitslosigkeit. Dazu kommt noch, daß viele Arbeiter ihren Ferienanspruch noch nicht einmal geltend machen aus Furcht, ihre Beschäftigung zu verlieren. Da können mithin die Ferienkosten wirklich nicht so hoch sein, daß eine Ferienregelung unmöglich sein sollte. Der baugewerbliche Arbeiter hat bei seiner schweren Berufsarbeit die Ferien nicht weniger nötig, als der Gemeinde-, der Industriearbeiter. Das Argument, der baugewerbliche Arbeiter habe eigentlich infolge seiner Arbeitslosigkeit Ferien genug, bedeutet eine Verböhnung des Arbeiters. — So konnte in den wichtigsten Punkten auch während dieser Verhandlungen eine Einigung noch nicht erzielt werden. Ebenso wenig über die tariflichen Lehrlingsbestimmungen. Daß die Unternehmer, vornehmlich die Innungen, die tarifliche Regelung am liebsten ganz beseitigt sehen, ist hinlänglich bekannt. Durch eine Lehrlingsordnung, von der wir noch nicht wissen, wie sie aussieht, möchten sie die tarifliche Regelung ersehen. Auch in diesem Punkt bestehen noch starke Meinungsverschiedenheiten.

Scharf umstritten ist auch, wenn wir an die Bauhilfsarbeiter denken, die Lohnspanne zwischen ihnen und den Facharbeitern, ist die Bezahlung der nicht geleisteten Arbeitsstunden usw. Nur in einzelnen weniger wichtigen Punkten ist eine Annäherung oder eine Verständigung zwischen den Parteien erreicht worden. Ueber alle Hauptpunkte wird noch eingehend verhandelt werden müssen.

Nachdem sich die Parteien einig geworden waren, daß die bezirklichen Verhandlungen zwischen den Parteien über die künftigen Löhne in der ersten Märzwoche beginnen sollen, kam es noch darauf an, Instanzen einzusetzen, die nach einem erfolglosen Ausgang der Parteiverhandlungen Hilfe zu leisten haben. Auch hier hat es teils sehr erregt ausgefochtene Meinungskämpfe gegeben. Merkwürdiger, trotzdem begreiflicher Weise wollen die Unternehmer diesmal weder in den bezirklichen Tarifämtern, noch in der zentralen Schiedsinstanz endgültige Entscheidungen über die Löhne: sie wollen Handlungsfreiheit. Die Rollen sind vertauscht. In der zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarung ist dem Verlangen der Unternehmer entsprochen worden. Es gibt keine endgültigen Entscheidungen. Wie die Instanzen gebildet werden sollen, ergibt sich aus dem Wortlaut der Vereinbarung. Ihre Besetzung ist natürlich überaus wichtig, das werden auch unsere Verbandsfunktionäre beachten müssen.

Zu erwähnen ist noch, daß die vereinbarten Löhne vom 1. April 1931 bis zum 2. März 1932 gelten sollen. Von Arbeitgeberseite wurde für den Ablauf der Löhne der 31. Dezember 1931 vorgeschlagen. Das mußten die Arbeitervertreter ablehnen. Dem 2. März haben sie zugestimmt, um eine frühzeitigere Vergabung von Bauaufträgen zu ermöglichen.

Die Vereinbarung über die zu bildenden Instanzen hat folgenden Wortlaut:

Für die bezirklichen Lohnverhandlungen wird folgendes vereinbart:

1. Falls die freien Verhandlungen in den bisherigen bezirklichen Tarifgebieten nicht zu einer Vereinbarung führen, soll an Stelle der bisherigen beiden bezirklichen Tarifämter ein bezirkliches Tarifamt treten, bestehend aus je 4 Beisitzern von jeder Partei und 3 Anparteiischen. Jede Partei benennt einen Anparteiischen. Der Vorsitzende wird durch Vereinbarung der Parteien bestimmt. Falls die Parteien sich nicht bis zum 8. März über die Person des Vorsitzenden einigen, soll der Reichsarbeitsminister um die Benennung gebeten werden.

2. Das bezirkliche Tarifamt entscheidet mit Stimmenmehrheit über sämtliche Löhne und die Ortsklasseneinteilung. Ist eine Mehrheit für einen Vorschlag im Tarifamt nicht zu erreichen, so können die 3 Anparteiischen einstimmig einen Vorschlag machen, der dann als Schiedsspruch gilt. Das Verfahren im bezirklichen Tarifamt muß bis spätestens zum 18. März beendet sein.

3. Wenn der bezirkliche Schiedsspruch nicht von beiden Parteien innerhalb einer Frist von 6 Tagen angenommen wird, so entscheidet eine zentrale Schiedsstelle, die bis zum 24. März zusammentreten hat, über die Löhne der Hauptarbeitergruppen (Maurer, Zimmerer, Zementfacharbeiter, Tiefbauarbeiter und Maschinisten) der obersten Ortsklasse. Ueber die dann noch strittigen Lohnfragen entscheidet das bezirkliche Tarifamt.

Die zentrale Schiedsstelle ist zusammengesetzt aus je 4 Beisitzern von jeder Partei und 3 Anparteiischen, um deren Benennung der Reichsarbeitsminister zu ersuchen ist. Die zentrale Schiedsstelle stimmt mit einfacher Mehrheit ab. Der Spruch der zentralen Schiedsstelle kann innerhalb 8 Tagen angenommen oder abgelehnt werden.

4. Die zu vereinbarenden Löhne gelten vom 1. April 1931 bis zum 2. März 1932.

\*

In der ersten Märzwoche werden die Verhandlungen über einen neuen Reichstarifvertrag fortgesetzt.

## Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter

Im Berliner Gewerkschaftshaus fand am 27. Februar eine Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter statt. Die Verbandsinstanzen beschäftigten sich mit dem bisherigen Ergebnis der zentralen Verhandlungen über einen neuen Reichstarifvertrag. Der Verbandsvorsitzende, Kamerad Wolgast, berichtete über diesen einzigen Punkt der Tagesordnung. Einleitend gab Kamerad Wolgast einen kurzen Überblick über die Wirtschaftslage unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Baugewerbe. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Baugewerbe streifte der Referent; er schilderte die Bestrebungen der Unternehmer, die die ungünstige Wirtschaftslage zur Durchführung ihrer sozialreaktionären Bestrebungen benutzen wollten. Ganz allgemein könne behauptet werden, daß die deutschen Unternehmer von einer Lohnabbau-

psychose erfaßt worden sind, deren Folgen sich in einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage bemerkbar mache. Gerade in der Gegenwart zeige sich, daß die Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften richtig sei. Nur durch eine Erhöhung des Einkommens könnten die Auswirkungen der Wirtschaftskrise gemildert und beseitigt werden. Daß die Unternehmer eine entgegengesetzte Auffassung vertreten, brauche nicht besonders betont zu werden. Auch die Bauunternehmer vertreten diese Auffassung, die Allgemeinut im Unternehmerlager geworden ist. Es sei durchaus falsch, anzunehmen, daß eine Senkung der Bauarbeiterlöhne die Bautätigkeit ankurbelt. Wesentlich wichtiger sei eine Senkung der Hypothekenzinsen. Es könne nachgewiesen werden, daß sich die Senkung des Zinsfußes für Baukapitalien, besonders aber für Hypotheken,

wesentlich günstiger auf die Baukosten und Mietpreise auswirkte, als das durch eine vollkommen ungerechtfertigte Senkung der Löhne erreicht werden kann. Mit aller Schärfe müßten die Gewerkschaften die Lohnabbaupläne der Unternehmer bekämpfen. Kamerad Wolgast schilderte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen die Widerstände, die unserm Gewerkschaftskampf gegenwärtig entgegenstehen. Unternehmertum und Reichsregierung arbeiteten gemeinsam, um das Bestreben der Gewerkschaften nach Verbesserungen der Löhne und der sonstigen Arbeitsbedingungen unwirksam zu machen. Es darf auch nicht verkannt werden, daß die privaten und öffentlichen Auftraggeber der Lohn- und Tarifpolitik des Baugewerbes unsympathisch gegenüberstehen.

Im Anschluß an diese allgemeinen Betrachtungen referierte der Verbandsvorsitzende über das bis jetzt vorliegende Ergebnis der zentralen Verhandlungen über einen neuen Reichstarifvertrag. Am 15. Januar habe eine erste Fühlungnahme zwischen den Parteien stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit seien jedoch nur die Verhandlungstage und die technischen Einzelheiten festgelegt worden. Die KPD-Presse habe im Anschluß daran von Geheimverhandlungen berichtet, die zwischen Unternehmern und Arbeitervertretern stattgefunden haben. Es sei durchaus nicht notwendig, die Kameraden auf die Unsinnigkeit der kommunistischen Behauptung hinzuweisen. Schon bei den ersten Verhandlungen habe sich gezeigt, daß die Unternehmer der Lohnfrage die größte Beachtung geschenkt haben. Nach Meinung der Unternehmer sollten die Lohnfragen bis zum 28. Februar geregelt sein. Gleichlaufend mit den bezirklichen Lohnverhandlungen sollten die Verhandlungen über den neuen Reichstarifvertrag geführt werden. Es sei bekannt, so führte der Referent aus, daß im Unternehmerlager starke tariffeindliche Gruppen vorhanden sind, die an dem Abschluß eines neuen Tarifvertrages sehr wenig Interesse haben.

Nachdem die Tarifparteien gegenseitig ihre Forderungen ausgetauscht hatten, begann am 5. und 6. Februar eine erstmalige Verhandlung über den neuen Reichstarifvertrag. Unsere Forderungen sind den Kameraden bekanntgeworden; sie wurden im Leitartikel des „Zimmerer“ Nr. 7 vom 14. Februar veröffentlicht, so daß es sich erübrigt, hier nochmals auf Einzelheiten einzugehen. Auch in den Verhandlungen vom 5. und 6. Februar haben die Unternehmer die Lohnfrage in den Vordergrund gestellt. Es habe sich gezeigt, daß die Unternehmer unsere Forderungen den allerschärfsten Widerstand entgegensehen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde mit dem Bemerkten abgelehnt, daß sie für die Unternehmer untragbar sei, weil dadurch eine Steigerung der sozialen Lasten eintrete. Die Akkordarbeit müsse zulässig sein und der gesamte Tarifvertrag von allen materiellen Belastungen bereinigt werden. Wie wir schon im „Zimmerer“ Nr. 7 berichteten, sind die Verhandlungen am Widerstand der Unternehmer gescheitert. In der Zwischenzeit habe eine unparteiische Stelle eine Vermittlungsaktion eingeleitet. Diese Vermittlungsaktion sollte nur den Zweck haben, die Parteien zu erneuten Verhandlungen zusammenzuführen. In der unverbindlichen Aussprache zwischen den Vertretern der Vertragsparteien wurde festgelegt, daß die abgebrochenen Verhandlungen am 24. Februar und die folgenden Tage in Berlin fortgesetzt werden sollten. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen, die vom 24. bis 26. Februar in den Räumen des Reichswirtschaftsrates stattgefunden haben, berichtete Kamerad Wolgast in sehr ausführlicher Weise. Die wichtigsten Ergebnisse der Verhandlungen werden im Leitartikel des „Zimmerer“ wiedergegeben.

Im Anschluß an die Ausführungen des Kameraden Wolgast fand eine lebhaft und sachliche Aussprache statt. Von allen Rednern wurde betont, daß es unsere Aufgabe sein müsse, den Bestrebungen der Sozialreaktion, die in den Anträgen der Unternehmer zum Ausdruck kommen, schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die besondern Verhältnisse im Baugewerbe machten es erforderlich, daß eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit eintreten müsse. Bei dieser Gelegenheit wurde das Ergebnis unserer Erhebungen über Beschäftigungsdauer und Erwerbslosigkeit unserer Kameraden wiedergegeben. Die Erhebungen der genannten Art erstreckten sich auf die Gaue Ost- und Westsachsen, Mecklenburg, Württemberg und Rheinland-Westfalen. An den Erhebungen waren 2111 Kameraden beteiligt. Im Durchschnitt waren 64,2 % der an unsern Erhebungen Beteiligten länger als 140 Tage erwerbslos. Bei den Erhebungen waren Wirtschaftsgebiete verschiedener Struktur beteiligt, so daß man daraus allgemein gültige Schlüsse für das gesamte Verbands-

gebiet ziehen kann. Es sei selbstverständlich, daß die Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer mit Energie zu bekämpfen seien. Die Redner vertraten die Ansicht, daß wir grundsätzliche Anhänger des Tarifgedankens sind, jedoch müßte der Tarifvertrag so gestaltet werden, daß er für die Arbeiter tragbar sei. In sehr vielen Punkten müßten, so betonten alle Redner, die Unternehmer noch weitestgehend Entgegenkommen zeigen. Die Tariftreue der Unternehmer lasse viel zu wünschen übrig. Trotz des bestehenden Reichstarifvertrages und der bezirklichen Lohnvereinbarungen, die bis zum 31. März dieses Jahres Geltung haben, versuchten die Unternehmer willkürlich den Lohn abzubauen und die Bestimmungen bestehender Verträge zu umgehen.

In diesen Zusammenhängen wurde auf das skrupellose Vorgehen der Unternehmer hingewiesen, die für die Durchsetzung ihrer Pläne im Rheinland und Westfalen sogar Oberbürgermeister vor ihren Karren spannten. Der Vereinbarung vom 26. Februar 1931

über die bezirklichen Lohnverhandlungen wurde trotz mancher Bedenken zugestimmt. Es wurde jedoch betont, daß der Ablauf der künftigen Lohnvereinbarungen nicht zu Anfang des Kalenderjahres erfolgen dürfe. Der frühere Zustand, die Lohnvereinbarungen mit Beginn der Konjunktur im Baugewerbe ablaufen zu lassen, müsse erstrebt werden.

Im Anschluß an die allgemeine Debatte wurden tatsächliche Fragen hinsichtlich der bezirklichen Verhandlungen erörtert.

Im Schlußwort ging Kamerad Wolgast auf die vorgebrachten Wünsche und Bedenken näher ein. Er legte in treffenden Worten nochmals den Verbandsstandpunkt zu den Tariffragen dar und betonte, daß größte Aufmerksamkeit unbedingt notwendig sei. Wenn alle Kräfte im Verband zusammenwirken, so werden wir auch die für uns ohne Zweifel schwierige Situation meistern können. Die Konferenz fand ihren Abschluß in der Erledigung formalgeschäftlicher Angelegenheiten.

## Die Gewerkschaften beim Reichspräsidenten

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Verbände sind unter der Führung von Theodor Leipart am 26. Februar beim Reichspräsidenten vorstellig geworden, um ihm in einer Aussprache die ernststen Besorgnisse der Gewerkschaften über die Lage der deutschen Arbeitnehmerschaft und die Not der Erwerbslosen vorzutragen. Die Vertreter der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen haben ihre Auffassung über die Lage der Wirtschaft und ihre Forderungen zur Linderung der Not der Arbeiter und Angestellten, der arbeitenden wie der erwerbslosen, in einer gemeinsamen schriftlichen Willensfindung zusammengefaßt und zur Kenntnis des Reichspräsidenten gebracht. An der Aussprache nahmen auch der Reichskanzler und der Reichsarbeitsminister teil.

Einleitend führte der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, folgendes aus:

Wir erscheinen vor Ihnen als Vertreter von 5½ Millionen organisierten Arbeitern und 1¼ Millionen organisierten Angestellten. Wir sprechen aber nicht nur im Namen unserer fast 7 Millionen Mitglieder, sondern im Namen der 12 Millionen Arbeitnehmer, für die unsere Verbände Tarifverträge abgeschlossen haben und deren Interesse sie zu schützen berufen sind. Wir sprechen also im Namen von mehr als einem Drittel des erwerbstätigen Volkes, im Namen der Hälfte der städtischen Bevölkerung. Wir vertreten vor Ihnen jene Schicht deutscher Bürger, die von der gegenwärtigen Krise am schärfsten und am peinlichsten betroffen sind. Ende Januar waren 34,5 % unserer Mitglieder arbeitslos, weitere 20 % arbeiteten verkürzt, und weniger als die Hälfte waren noch voll beschäftigt.

Durch unsern Mund sprechen also auch die fünf Millionen Arbeitslose, auf deren trostlose Lage wir Ihre Aufmerksamkeit lenken und für die wir Ihre Hilfe anrufen möchten.

Wir haben lange gezögert, Ihre Zeit für uns in Anspruch zu nehmen. Wir waren und sind überzeugt, daß die große Sorge der Arbeitslosigkeit, die alle mitfühlenden Herzen in der ganzen Welt erfasst hat und alle sozial denkenden Menschen bedrückt, auch eine der größten Sorgen Ihres hohen Amtes ist. Wir glaubten deswegen es nicht nötig zu haben, unsere Nöte und unsere Klagen Ihnen erst noch vorzutragen. Aber die Lage ist von Woche zu Woche, von Monat zu Monat immer bedrohlicher geworden. Die Last der Verantwortung, die wir für das Schicksal der arbeitenden Bevölkerung insgesamt und für die Arbeitslosen im besonderen zu tragen haben, dieses Gefühl der Verantwortung auch für die Zukunft des ganzen Volkes ist es, das uns heute hierher geführt hat.

Wir wissen natürlich, daß die jetzige große Arbeitslosigkeit eine internationale Erscheinung ist, daß ihre Ursachen nicht im eigenen Lande allein zu suchen sind, daß es sich um eine schwere Wirtschaftskrise in der ganzen Welt handelt. Wir wissen auch und nehmen darauf Rücksicht, daß die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk vor andern Völkern vorbelastet ist durch die schweren Reparationslasten. Diese Lasten sind nicht die eigentliche, zum mindesten nicht die einzige Ursache der Krise in Deutschland, wie manche es uns weismachen möchten. Aber sie haben natürlich zur Verschärfung der Lage in Deutschland wesentlich beigetragen.

Wie scharf die Krise in Deutschland wütet, habe ich bereits angeführt. Besonders verzweifelt sieht es unter der Arbeitnehmerschaft in Ostpreußen und Pommern aus, wo Ende Januar 48 bis 49 % unserer Mitglieder arbeitslos waren. Nicht viel besser ist auch die Beschäftigung in Schlesien, Sachsen und Mitteldeutschland. Nicht nur die Bauberufe weisen eine noch nicht dagewesene Arbeitslosigkeit von 70 bis 80 % auf, sondern auch in vielen Industriezweigen gibt es heutzutage mehr Arbeitslose als Beschäftigte. In der Tabakindustrie waren Ende Januar 58,5 % arbeitslos und weitere 18,6 % arbeiteten verkürzt. In der Textilindustrie sind nur 33,1 % noch voll beschäftigt, im Holzgewerbe 35,5 %, unter den Schuhmachern nur noch ganze 27,7 %.

Ich darf, Herr Reichspräsident, in einem kurzen Wort darauf hinweisen, welche Gefahr für Staat und Gesellschaft sich hier entwickelt hat und sich immer weiter vergrößern wird, wenn der Arbeitslosigkeit nicht endlich gesteuert wird. Es besteht auch eine große Gefahr für die Zukunft der deutschen Wirtschaft, von der wir wissen, daß sie sich nur mit Qualitätsarbeit der ausländischen Kon-

kurrenz gegenüber behaupten kann. Es ist aber klar, daß der Arbeiter, der jahrelang an der Ausübung seines Berufes gehindert ist, seine Berufsfertigkeit und Berufstüchtigkeit und damit auch natürlich die Eignung zum Qualitätsarbeiter verlieren muß.

Und wie ist nun die wirkliche Lage der Arbeitslosen? Nur ein Drittel von ihnen erhält noch in vollem Umfang die Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung. Zwei Drittel sind angesichts der langen Dauer ihrer Arbeitslosigkeit ausgezehrt und auf die dürftige Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge angewiesen. Wir fühlen uns verpflichtet, vor Ihnen besonders im Namen dieser unserer Volksgenossen das Wort zu nehmen.

Aber auch die Arbeiter und Angestellten, die in den Betrieben stehen, fühlen sich von zwei Seiten durch die ungeheure Krise getroffen. Erstens leben sie unter der ewigen Furcht bevorstehender neuer Entlassungen; weiterhin fühlen sie den gewaltigen, nach ihrem Dafürhalten durch nichts gerechtfertigten Druck auf ihrem Arbeitslohn.

Schon Anfang 1930 setzte der stillschweigende Lohnabbau in den meisten Wirtschaftszweigen ein. Im Laufe des vergangenen Jahres haben die Arbeitnehmer ihre Akkordlöhne und sonstigen übertariflichen Verdienste allmählich abgeben. Die Einkommensabzüge, die die Lohnempfänger infolge des Ausfalls an Arbeitsstunden und der Kürzung der Akkordlöhne zu tragen haben, übersteigen um ein Vielfaches die Opfer, die man den Festbesoldeten aufzuerlegen für billig hält. Und nach diesem „kalten Lohnabbau“ begann dann der Angriff der Unternehmer auf die Tariflöhne, dem die Reichsregierung ihre Unterstützung leiht und die die Arbeitnehmer als eine große Ungerechtfertigkeit empfinden.

Bis jetzt wurde dieser zweite Lohnabbau für rund drei Millionen durchgeführt, in den nächsten Monaten stehen aber neue gewaltige Tarifbewegungen in den verschiedenen Berufen bevor, und die Arbeitnehmer haben das Gefühl, daß sie bei diesen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern, bei diesem Generalangriff auf ihre Löhne und Gehälter, auf die Lebenshaltung ihrer Familien, nicht den Schutz der staatlichen Macht finden, auf den sie glauben, wie alle andern Berufsschichten einen berechtigten Anspruch zu haben.

Deshalb haben wir, die Vertreter aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, unsere Wünsche an Sie, Herr Reichspräsident, und unsere Vorschläge in einer gemeinsamen Erklärung aufgestellt, die ich die Ehre habe, Ihnen hiermit vorzutragen.

Die unterzeichneten Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten möchten die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die überaus bedrückte Lage der deutschen Arbeitnehmer richten. Bei aller Würdigung der schwierigen Lage anderer Berufsschichten bleibt doch unbestreitbar, daß Not und Elend nirgends so groß sind wie bei den fünf Millionen Erwerbslosen und deren Familien. Aber auch die Lebenshaltung der Arbeitenden ist so stark eingeschränkt, daß Arbeitsfähigkeit und Arbeitswille, Gesundheit und Wirtschaft des deutschen Volkes darunter aufs schwerste leiden.

Unsere größte Sorge ist die um das Schicksal der un- freiwillig Arbeitslosen. Vornehmste Gegenwartsaufgabe ist die Wiedereinführung dieser Millionen in den Produktionsprozeß. Die bisherigen Maßnahmen haben sich als unzulänglich erwiesen; einige davon, in erster Linie die vielfach schematisch durchgeführte Lohnsenkung als schädlich. Nicht zuletzt in Auswirkung der der Kaufkraft verringerten Lohnsenkung ist die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Die Einstellung der von den deutschen Unternehmern und amtlicherseits getriebenen Lohnsenkungspolitik ist eine der ersten Voraussetzungen zur Gesundung der Wirtschaft und zur Beruhigung der deutschen Arbeitnehmer. Wir anerkennen, daß die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft und der Arbeitnehmer auch durch Ereignisse herbeigeführt worden ist, die zu beseitigen außerhalb der für Deutschland gegebenen Möglichkeiten liegt. Um so mehr ist notwendig, daß innerhalb der uns gezogenen Grenzen mit äußerster Energie an der Beseitigung aller Störungen der Wirtschaft gearbeitet wird. Das ist unserer Auffassung nach noch nicht im erforderlichen Ausmaße geschehen.

Soweit der Abbau der Preise in Frage kommt, vollzieht er sich langsamer als die Senkung der Löhne und Gehälter. Auf weiten Gebieten ist ein Zurückgehen der Preise noch kaum sichtbar. Hier liegen noch unausgeschöpfte Möglichkeiten zur Konsumbelebung. Die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand wird gehemmt durch Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den beteiligten

Verwaltungen, die sich praktisch als Erschwerung der zufälligen Arbeitsbeschaffung auswirken und deshalb beseitigt werden müssen. Die Erhöhung des Inlandverbrauchs als eines der bedeutendsten Mittel zur Steigerung des Beschäftigungsgrades bedingt auch nach unserer Meinung eine kaufkräftige Landwirtschaft, deren Schutz aber innerhalb der Grenzen zu bleiben hat, die von der Rücksicht auf unsern industriellen Export und auf die Lebenshaltung der breiten Massen gezogen werden müssen. Wir sehen uns deshalb genötigt, darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtig vorliegenden agrarpolitischen Pläne über diese Grenzen teilweise weit hinausgehen und unserer Erachtens abgelehnt werden müssen. Bis zur vollen Beschäftigung des deutschen Produktionsapparates muß, um einen größeren Teil der unfreiwillig Arbeitslosen wieder in geregelte Tätigkeiten zu bringen, die Arbeitszeit wesentlich verkürzt, möglichst auf regelmäßig 40 Stunden gesenkt werden. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind unter Sicherung der Massenkaufrkraft mit größter Beschleunigung herbeizuführen.

Als eine unbedingte Notwendigkeit sehen wir die Erhaltung eines rechtlich gesicherten Anspruchs auf ein Existenzminimum für die arbeitslosen Volksgenossen an. Voraussetzung dazu ist die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung mit gesicherter Leistungsfähigkeit und die ausreichende Finanzierung einer anschließenden Fürsorge.

Mit besonderem Nachdruck erlauben wir uns die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die Angriffe zu lenken, die gegen die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse, das Schlichtungsverfahren einschließlich der Verbindlicherklärung von Schiedsprüchen und gegen die Sozialversicherung geführt werden. Die deutsche Arbeitnehmerschaft kann und darf nicht dulden, daß ihr Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und das Anrecht auf gesetzlich gewährleisteten Schutz im Falle unverschuldeten Leistungsunfähigkeit angefaßt wird. Die Spitzenverbände der Arbeitnehmer haben den dringenden Wunsch, daß alle Schritte, die zur Verringerung der Not der deutschen Arbeitnehmer erforderlich sind, im Einverständnis mit allen daran beteiligten Kreisen mit Beschleunigung durchgeführt werden. Die deutschen Arbeitnehmer haben seither stärkste Opfer gebracht. Sie müssen es aber, als dem Gesamtwohl widersprechend, ablehnen, im Mißverhältnis zu anderen Volksschichten über ihre Kraft hinaus mit den Folgen der wirtschaftlichen Krise belastet zu werden."

Von einer ausführlichen Begründung im einzelnen — so schloß Leipart seine Ausführungen — möchte ich der Kürze halber absehen, würde es aber mit Freunden begrüßen, wenn Sie gestatten würden, daß in einer nachfolgenden Aussprache der eine oder andere meiner Kollegen vielleicht noch das Wort ergreifen dürfte.

Der Reichspräsident erteilte darauf das Wort an Imbusch, der treffende Worte über die Unmöglichkeit sagte, der Landwirtschaft jetzt durch Zollerhöhungen und ähnliche Maßnahmen eine Gefälligkeit zu erweisen, die zur Folge haben müßte, daß die Lage der Arbeitslosen und der gesamten Arbeitnehmer durch Verteuerung der Lebenshaltung noch weiter verschlechtert würde. Außerdem würde das Ausland sicher zu Gegenmaßnahmen greifen, so daß auch der Export von Industrieerzeugnissen geschädigt und die Zahl der Arbeitslosen abermals vermehrt würde. Beschly sprach alsdann von der traurigen Lage der älteren Angestellten, die im Gegensatz zu den Arbeitern für alle Zukunft keine Aussicht hätten, überhaupt wieder Beschäftigung zu erhalten.

Kollege Leipart fand Gelegenheit, die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung noch einmal hervorzuheben. Er verwies darauf, daß durch die gewaltige Vermehrung des Angebots sowohl der menschlichen wie der maschinellen Arbeitskräfte die Lage sich gewaltig geändert habe gegenüber der Zeit, als der Achtstundentag zum Gesetz erhoben wurde. Sollen die Arbeitslosen überhaupt wieder beschäftigt werden, so bleibe nur die Verkürzung der Arbeitszeit übrig.

Schneider vom GDV unterstützte diese Ausführungen Leiparts und sagte, daß nicht nur die älteren Angestellten der Arbeitslosigkeit ausgesetzt seien, sondern ebenso auch die jungen, die jetzt schon in der Regel nach bestandener Lehrzeit entlassen werden.

Grafmann sprach eindrucksvoll gegen die Politik der Lohnsenkung. Aus einer Rede des Reichsarbeitsministers Stegerwald ist erwähnenswert, daß er mehrfach mit starker Betonung erklärte, er würde an dem Kern der Tarifverträge, an dem Kern des Schlichtungswesens, an dem Kern der Sozialversicherung während seiner Amtszeit nicht rütteln lassen. Aber, fügte er hinzu, es gebe auf diesen Gebieten eine Anzahl Inflationerscheinungen und Unausgeglichenheiten, die noch beseitigt werden müßten.

Reichskanzler Brüning bemerkte zum Schluß, er wolle gegenüber irreführenden Mitteilungen in der Öffentlichkeit heute schon sagen, daß die Ermächtigung, die die Regierung in dem neuen agrarpolitischen Gesetzentwurf vom Reichstag verlangt, nicht so gedacht sei, daß die Regierung nun sofort Zollerhöhungen durchzuführen beabsichtige. Vielmehr solle jede eventuelle Zollerhöhung davon abhängig sein, daß die Landwirtschaft zuvor gewisse Bedingungen auf dem Gebiete der Selbsthilfe erfülle, so auf dem Gebiete der Rationalisierung, der Standardisierung, der Verkaufsorganisation durch Ausbau des Genossenschaftswesens usw. Erst nach Erfüllung dieser Bedingungen werde die Regierung von der Ermächtigung eventuell Gebrauch machen.

Dann beendete Reichspräsident Hindenburg die Unterredung, indem er betonte, daß er für die Aussprache dankbar sei, daß er die Sorge der Vertreter der Gewerkschaften teile und daß er und die Reichsregierung das Notwendige und Mögliche tun werden, um zu helfen.

### Zum Konflikt bei der westdeutschen Schwerindustrie

Der Lohnvertrag für die Eisen- und Hüttenindustrie Nordwest läuft unanständig bis zum Ende 1931. Trotzdem versuchten die Vereinigten Stahlwerke anlässlich einer Stilllegungsfaktion ihrer Hütten in Duisburg durch

Mittelspersonen ihren Belegschaften einen Lohnabbau von 20 % anzubieten, um so die Betriebe aufrechtzuerhalten. Als die Tarifgewerkschaften sich weigerten, auf dieses Angebot einzugehen, sich eine Durchbrechung des bestehenden Tarifvertrages verbat, gab die Werksleitung einen neuen Vorschlag bekannt, der noch weitere Verschlechterungen vorsah, unter andern den Ecklohn des ungelerten Arbeiters von der Tarifbasis 68  $\frac{1}{2}$  auf 60  $\frac{1}{2}$  herunterdrücken wollte. Belegschaftsversammlungen lehnten diese Angebote einmütig ab. Nun verlangte die Werksleitung eine geheime Abstimmung im Betriebe, in der stillen Hoffnung, die „terrorisierten“ Arbeiter würden jetzt anders entscheiden. Aber auch diese Meinung war falsch, mit zwei Drittel Stimmenmehrheit entschied sich die Arbeiterbelegschaft für Ablehnung des Vorschlages; 4400 Stimmen lehnten die Durchbrechung des Lohnvertrages ab, nur 2100 waren für Annahme des Werksvorschlages.

Jetzt aber will die Arbeitgeberpresse nicht etwa den Willen der Mehrheit gelten lassen, sondern nun wird frei behauptet, daß die Gewerkschaften die volle Verantwortung tragen für den Ausgang der Abstimmung und ihre Folgen! Trotzdem sich die Abstimmung „formell unabhängig von den Gewerkschaften“ vollzogen habe. Demagogisch wird darauf verwiesen, daß die Belegschaft sich eigentlich durch ihre Abstimmung selbst brotlos gemacht habe, demnach nach den gegenwärtigen Rechtsbestimmungen (!) Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nicht erheben könne. In Wirklichkeit liegen die Dinge anders. Die Vereinigten Stahlwerke sind bei ihren ausgedehnten weitverzeigten Anlagen jederzeit in der Lage, durch die geschilberten Androhungen der Betriebsstilllegung eine Arbeiterschaft gegen die andere auszuspielen. Sie können außerdem jederzeit die Produktion auf die vielen Betriebe beliebig verteilen. Eine Kleinigkeit, wenn die viel zu viel ausgebauten Werke wie augenblicklich nur zu 40 % ausgenutzt werden.

In der ganzen Angelegenheit spielt noch etwas anderes mit. Der Oberbürgermeister von Duisburg, Dr. Jarres, hat sich um die Verhinderung der Stilllegung bemüht. Vom Standpunkt der Stadt kann es allerdings nicht gleichgültig sein, 7000 Arbeitslose mehr zu haben. Aber Jarres hat sich in einer Weise betätigt, die schärfste Zurückweisung erfordert. Er hat nämlich nach der Abstimmung in den Betrieben ein neues Abstimmungsverfahren eingeleitet. Jeder Arbeiter wurde durch einen Brief erneut zur Abstimmung durch eine Karte aufgefordert. Die Mehrheit der Arbeiter einschließlich arbeitsloser Personen haben sich bereit erklärt, zu einem um 20 % verringerten Lohn weiterzuarbeiten. Nachen solche Quertreibereien Schule, dann würde der Tarifvertrag für das ganze Schwerkriegsgebiet bald erledigt sein. Der Metallarbeiterverband hat deshalb ganz energisch gegen die Einmischung des Herrn Jarres protestiert. Der Verlauf des Konfliktes ist aber ein Beispiel dafür, zu welchen Maßnahmen man greift, um Löhne zu drücken und die Tarifvertragsrechte umzubringen.

### Bevölkerung und Arbeitslosigkeit

Im Rahmen seiner Untersuchungen über die internationalen Ursachen der Arbeitslosigkeit hat das Internationale Arbeitsamt seinem Arbeitslosenauschuß auch eine Denkschrift von Prof. Herß über Bevölkerung und Arbeitslosigkeit vorgelegt. Diese Denkschrift ist deshalb von besonderem Interesse, weil nicht zuletzt auch in den Kreisen der Arbeiterschaft die Auffassung vertreten ist, eine Geburtenbeschränkung sei geeignet, künftigen Arbeitslosenkrisen vorzubeugen. In der Tat hat die rasche Bevölkerungsentwicklung in der Welt und insbesondere in Europa da und dort zu der bangen Frage Anlaß gegeben, ob die Reichtümer der Welt ausreichen, die Bedürfnisse einer ständig wachsenden Bevölkerung zu befriedigen. Im 19. Jahrhundert hat sich die europäische Bevölkerung von 200 Millionen auf 400 Millionen erhöht. Dabei sind noch nicht die zahlreichen Auswanderer berücksichtigt, die mit ihrer Nachkommenschaft die überseeischen Kontinente bevölkerten. Im Jahre 1910 überschritt die Bevölkerungszahl Europas bereits 447 Millionen. Trotz des Weltkrieges, der in Europa Menschenverluste von 24 Millionen forderte, belief sich die Zahl der europäischen Bevölkerung im Jahre 1920 auf 450 Millionen. Sie dürfte im Jahre 1930 die Grenze einer halben Milliarde erreicht haben. So wird binnen kurzem die Bevölkerungszahl Europas sich gegenüber der Bevölkerung vom Jahre 1800 verdreifacht haben.

Inwieweit hat nun diese Entwicklung der Arbeitslosigkeit den Boden bereitet? Nehmen wir die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Niemand wird behaupten können, daß eine Uebervölkerung dieses reichen Landes dort die Ursache der katastrophalen Arbeitslosigkeit ist. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt 15 Einwohner auf zwei Quadratkilometer gegenüber 49 in Europa. Noch weniger kann von einer Uebervölkerung Australiens oder Neu-Seelands geredet werden, wo fünf Einwohner auf einen Quadratkilometer kommen, Länder, die auch von der Arbeitslosigkeit nicht verschont wurden. Andererseits kann festgestellt werden, daß gerade in den Ländern, in denen sich eine wachsende Arbeitslosigkeit fühlbar macht, die Bevölkerungsbewegung eine sinkende Tendenz aufweist. Man darf auch nicht vergessen, daß der Mensch nicht nur als Arbeitnehmer auf dem Markte erscheint, sondern gleichzeitig auch Verbraucher ist. Soweit die Bevölkerungszahl an sich als Faktor der Arbeitslosigkeit in Frage kommt, ist nicht ihre absolute Höhe maßgebend, sondern die Verteilung der Arbeitskräfte. Reiche und dünn bevölkerte Länder schließen sich künstlich gegen die Einwanderung ab, und diese Einwanderungsbeschränkungen oder gar Einwanderungsverbote gehören mit zu jenen schädlichen Maßnahmen der Weltpolitik, die sich leider nicht nur auf die Bevölkerungsbewegung beschränken, sondern neben die unsinnige Zollpolitik, die ungleichmäßige Kapitalverteilung und alle andern Maßnahmen gesetzt werden müssen, die sich für die Welt so nachteilig auswirken. Selbstverständlich kann die heutige Arbeitslosigkeit nicht durch Aufhebung der Einwanderungsbeschränkungen, zu denen die Einwanderungsländer noch nicht einmal bereit wären, beseitigt werden. Aber

die Freizügigkeit der Menschen wird in der künftigen Weltpolitik eine der notwendigsten Maßnahmen sein, um solche Krisen wie die gegenwärtige zu verhüten. Allerdings hat die Freizügigkeit nur dann einen Sinn, wenn die Einwanderer nicht als Lohndrücker der heimischen Arbeiter erscheinen, sondern als organisierte Kollegen, die bereit sind, mit den Einheimischen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen. Von welcher Seite auch die Arbeitslosigkeit betrachtet wird: immer klarer tritt die Erkenntnis in Erscheinung, daß zahlreiche Maßnahmen wirtschaftlicher und sozialer Art im internationalem Ausmaße zusammenwirken müssen, um eine gerechte Verteilung des immer größer werdenden Reichtums und damit Brot und Arbeit für alle zu schaffen.

## Verbandsnachrichten

### Berichte aus den Zahlstellen

**Machen.** Mit einem Rückblick auf das abgelaufene Geschäftsjahr eröffnete der Vorsitzende unsere Generalversammlung am 11. Januar. Trotz der Wirtschaftskrise zeigt sich in der Mitgliederzahl eine große Stabilität. Gegenwärtig sind höchstens 5 Kameraden von insgesamt 69 Mitgliedern in Beschäftigung. Die Ungunst der Wirtschaftsverhältnisse wirkt sich naturgemäß auch im Versammlungsleben aus. In 14 Versammlungen und 11 Vorstandssitzungen mußten laufende Zahlstellenangelegenheiten erledigt werden. Die Schlichtungskommission tagte in 17 Fällen. Zugunsten unserer Kameraden konnten 16 Fälle erledigt werden. Eine Klage am Oberversicherungsamt ging verloren, weil der Kläger die Berufungsfrist verstreichen ließ. Unser langjähriger Kassierer, Kamerad Corbens, der die Kasse in vorbildlicher Weise verwaltet, berichtete über die Verbandsfinanzen. Daß die Kameraden Vertrauen zum Vorstand haben, beweist seine einstimmige Wiederwahl. Das beantragte Auschlussverfahren gegen einen Kameraden wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Der Vorsitzende ermahnte, dem Verband in dieser schweren Zeit die Treue zu bewahren.

**Schaffenburg.** Die Zahlstellenversammlung, die von 30 Delegierten besucht war, fand in Miltenberg a. M. statt. Kamerad Keil erstattete den Geschäftsbericht. Während des ganzen Jahres war eine große Zahl von Kameraden arbeitslos. Gegenwärtig sind rund 95 % aller Zahlstellenmitglieder ohne Beschäftigung. In 78 Kameraden mußte die Weihnachtsunterstützung zur Auszahlung gelangen. Der Vorsitzende begrüßte es, daß auch in diesem Jahre ein Kamerad an dem Funktionärkursus des Verbandes teilgenommen hat. Im Laufe des Jahres wurden in Zahlstellengebiet 7 neue Bezirke gegründet, so daß die Zahlstelle heute aus 31 Bezirken besteht. Zur Erledigung der Zahlstellenangelegenheiten waren 6 Mitglieder, 2 Arbeitslosen-, 4 Quartals- und 2 Bau- und Betriebsversammlungen notwendig. In 5 Fällen mußte die Schlichtungskommission in Tätigkeit treten, um zu Streitfällen Stellung zu nehmen. Der Spruchauschuß wurde in 11 Fällen angerufen; es gelang hierbei, Wesentliches für die Kameraden zu erreichen. Die Korrespondenz war umfangreich. Nach den Feststellungen des Zahlstellenvorstandes sind in unserm Gebiet 338 Zimmerer wohnhaft, mithin sind noch 88 Kameraden unorganisiert, die wir dem Verband zuführen müssen. Auch die Schwellenhauer wollen sich unserm Verband anschließen. Kamerad Keil gab noch bekannt, daß er bei der Kassierung rückständiger Beiträge von einem Kameraden in Waldaschaff überfallen und mißhandelt worden sei. Der Vorstand habe Auschuß beim Zentralvorstand beantragt. Im Kasernenbericht spiegelte sich die trostlose Wirtschaftslage wider. Die beantragte Entlastung des Kassierers erfolgte einstimmig. Es wurde beschlossen, daß vom 1. März an die Empfänger von Erwerbslosenunterstützung für jede Freimarke 10  $\frac{1}{2}$  zu entrichten haben. Die Entlastung und die Neuwahl des Vorstandes erfolgte einstimmig. Nach Erledigung interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband die gut verlaufene Versammlung.

**Bayreuth.** Die gut besuchte Generalversammlung fand am 4. Januar statt. In einem Rückblick auf das vergangene Jahr betonte der Vorsitzende, daß 7 Mitglieder- und 7 Vorstandssitzungen, außerdem 4 Lehrlingsversammlungen und ein Stiftungsfest stattgefunden haben. Der Versammlungsbesuch müsse besser werden. Mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Der Vorsitzende betonte, daß die Lokalkasse gerüstet sein müsse, um den kommenden Anforderungen im Frühjahr gerecht zu werden. Es wurde beschlossen, den Kameraden, die noch keine 60 Beitragsmarken geleistet haben, eine Unterstützung von 3 M aus der Lokalkasse zu gewähren. Mit einem Appell an die Kameraden, treu zum Verband zu stehen, fand die harmonisch verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

**Biberach.** (Jahresbericht.) Die Zahlstelle hielt am 1. Februar ihre Generalversammlung ab. In seinen Ausführungen streifte der Vorsitzende die Ereignisse des letzten Jahres. Neben 10 Versammlungen fand ein Ausflug nach Aulendorf statt; ferner wurden einige Agitationsveranstaltungen abgehalten. In den Funktionärkursen des Verbandes war die Zahlstelle vertreten. Auf einige örtliche Verhältnisse wurde kritisch hingewiesen. Der umfangreiche Schriftwechsel beweise, daß die Arbeit des Zahlstellenvorstandes umfangreich gewesen sei. Aus einem Rundschreiben der Unternehmer, das in unsere Hände gelangte, konnten die Kameraden sehen, welche Lohnsenkung die Unternehmer planen. Es war notwendig, eine Reihe von Unternehmern zu verlagern. Durch Vergleichsverhandlungen gelang es, 365 M herauszuholen. Die Mitgliederzahl hat sich vergrößert. Nachdem der beifällig aufgenommene Bericht disklutiert wurde, erstattete der Vorsitzende für den wegen Teilnahme an einem Kursus verhinderten Kassierer den Kasernenbericht. Es wurde mit Genugtuung festgestellt, daß die Arbeit in unserer Zahlstelle nicht unfruchtbar geblieben ist. Der Vorstand wurde

einstimmig wiedergewählt. Für die hingebende Tätigkeit wurde dem Vorsitzenden, Kamerad Bucher, Dank ausgesprochen. Die Versammlung beschloß, dem Vorsitzenden eine Entschädigung von 20 M zu gewähren. Im Anschluß daran referierte der Gauleiter, Kamerad Kempf, in ausführlicher Weise über das Thema: Arbeitsrecht. Der Redner schilderte die historische Entwicklung sowie die Auswirkung des Arbeitsgerichtsgesetzes. Dem Gauleiter sowie dem Vorsitzenden wurde nochmals Anerkennung gezollt.

**Bad Sölz.** (Jahresbericht.) Das Jahr 1930 war für unsere Zahlstelle trotz der Wirtschaftskrise als ein gutes zu nennen. Es muß festgestellt werden, daß die Agitation im Zahlstellengebiet durch die unermüdete Tätigkeit des Kameraden Greil, der auf einer größeren Baustelle als Einlassierer und Baudelegierter tätig war, gute Erfolge zeitigte. Die Bemühungen des Zahlstellenvorstandes, die Lengrieser Zimmerer für unsern Verband zu gewinnen, waren leider zwecklos, trotz eifriger Mitarbeit der Kameraden Reitberger und Eichinger vom Gauvorstand. Zur Erledigung der Zahlstellengeschäfte haben eine General- und drei Quartalsversammlungen stattgefunden. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des 4. Quartals 1929 25 und am Schluß des Berichtsjahres 32 Kameraden, darunter 3 Lehrlinge. Die Gesamteinnahme für die Zentralkasse ergab 1568,05 M, der eine Ausgabe von 739,90 M gegenüberstand. Der Lokalkassenbestand betrug am Schluß des 4. Quartals 555,64 M. Im Berichtsjahr fand in Solzkirchen eine Zahlstellenvorstandskonferenz statt zur Aussprache über die Einleitung einer Werbeaktion, die von den Zahlstellen Bad Sölz, Miesbach und Solzkirchen beabsichtigt war. Die große Arbeitslosigkeit hat diesen Plan leider nicht zur Ausführung kommen lassen. Bei Beginn des Neubauses Rinderheim Gaißach stellten sich nach dem ersten Zahltag schon Differenzen ein wegen Nichtauszahlung des Tariflohnes der Lohnklasse Ia. Durch sofortiges Eingreifen des Gauleiters, war es möglich eine Entscheidung des Tarifamtes herbeizuführen, daß Gaißach in die Lohnklasse Ia zu fallen hat. Wäre diese Baustelle nicht so gut organisiert gewesen, so wäre es noch öfter zu Differenzen und Arbeitsentstellungen gekommen. Die von der Gauleitung angeregte Bekämpfung der Schwarzarbeit wurde vom Vorsitzenden durch einen Artikel in der Presse, zwei Anträgen an den Stadtrat und zwei Anzeigen bei der Gewerbebehörde bekämpft. Am 30. November fand in München im sozialen Landesmuseum ein Vortrag „Der Betriebsrat in der Bekämpfung der Unfallgefahren und Berufskrankheiten“ statt, an dem Kamerad Hans Greil in seiner Eigenschaft als Betriebsrat teilnahm. Die vom Zentralvorstand genehmigte Weihnachtsbeihilfe für ausgesteuerte erwerbslose Kameraden fand auch in unserer Zahlstelle lebhaftes Interesse. Die Durchführung des Tarifvertrages hat sich glatt abgewickelt und es kam nirgends zu Beschwerden.

**Bremen.** Am 1. Februar tagte unsere Zahlstellenversammlung. Bei Eröffnung der Versammlung stellte der Vorsitzende fest, das nur ein Delegierter aus Vegesack fehlte im übrigen alle andern gewählten Funktionäre anwesend seien. Dann begrüßte der Vorsitzende den Gauleiter, Kamerad Steffen, der auf eine 25jährige Anstellung im Zimmererverband zurückblicken kann. Da Kamerad Steffen schon Jahrzehnte Vorsitzender der Zahlstelle Bremen war, hat er zu der Entwicklung der Zahlstelle sehr viel beigetragen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung über den Ablauf des Tarifvertrages führte Kamerad Steffen aus: Wenn wir mit dem 31. März dieses Jahres dem Ablauf der Tarifverträge entgegensehen, müssen wir uns dessen erinnern, daß wir nicht für alle Zeiten Tarifverträge hatten. Unsere Mitglieder, wie auch die Unternehmer waren nicht immer Anhänger derselben, wenn auch aus entgegengesetzten Interessen. In den ersten Jahren unserer Verbandsgründung halfen wir uns mit dem Abschluß von Lohnabkommen, die wohl in Zeiten guter Konjunktur gehalten wurden, während in niedergebender Konjunktur die Unternehmer auf diese Abmachungen piffen. Erst der Verhandlungstag in Frankfurt am Main legte den Grundstock für Abschlüsse von Tarifverträgen. Nachdem aber Tarifverträge abgeschlossen waren, machte sich auch eine Stabilität in unserm Verband bemerkbar. Gesagt kann auch werden, daß die Arbeitsgerichte und Schlichtungsausschüsse sich bei der Durchführung der Vertragsbestimmungen große Verdienste erworben haben. Der Redner ging dann im einzelnen auf die Mängel des bisherigen Reichstarifvertrages ein. Die Frage: ob wir wiederum für Abschluß eines Reichstarifvertrages sind, hat der Zentralvorstand bejaht, das heißt unter bestimmten Voraussetzungen. Der Redner streift dann noch die Fragen des Bezirkstarifs, auf die einzugehen noch später Gelegenheit ist. Der Vorsitzende Caplar verweist darauf, daß wir uns in unsern letzten Mitgliederversammlungen bereits mit diesen Fragen beschäftigt haben, somit auch in der Forderung auf Arbeitszeitverkürzung, überall Einstimmigkeit erreicht haben. Dasselbe gilt auch für alle übrigen Fragen der Tarifverträge. In der weiteren Diskussion verweisen die Redner auf die Machtgellüste der Scharfmacher, überall die Löhne zu senken, wozu die Regierung Brüning ja den Anlaß gegeben habe unter der Parole des Preisabbaues. Zum zweiten Punkt übergehend, verweist der Vorsitzende auf den gedruckt vorliegenden Geschäfts- und Rassenbericht. Der Redner läßt nochmals die wichtigsten Fragen Revue passieren und verweist auf den Ernst der Zeit, der sich in den Kampfgeflüsten der Unternehmer auch des Baugewerbes bemerkbar macht. Diesen Machtgeflüsten wird der Zentralverband der Zimmerer seine Kraft entgegenzusetzen. Zum Rassenbericht gab der Kassierer noch eingehende Erläuterungen. Die Einnahmen und Ausgaben für die Zentralkasse betragen 72 858,04 M. Die Einnahme der Lokalkasse, nebst altem Rassenbestand betrug 72 924,72 M, der eine Ausgabe von 29 360,75 M gegenübersteht. Der Redner gibt eingehend Aufschluß über die Belegung der vorhandenen Gelder. Auf Antrag der Revisoren erfolgte einstimmige Entlastung des Gesamtvorstandes. Zu der dann folgenden Vorstandswahl lag nur ein Vorschlag vor, und erfolgte die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes unter Ergänzung von zwei ausgeschiedenen Kameraden. Die Wahl erfolgte per Akklamation. Von den

anwesenden 52 Funktionären stimmten zehn Kameraden gegen den Vorschlag, ohne aber irgendwie selbst Vorschläge zur Wahl des Vorstandes gemacht zu haben; was auch von der Versammlung gebührend gekennzeichnet wurde. Ueber die Verbands- und Parteibuchkontrolle wurde berichtet, daß die Verbandsbücher alle in Ordnung waren. Parteipolitisch waren organisiert: 40 bei der SPD., 7 bei der KPD., 1 kommunistische Opposition und 4 parteilos. Mit dem Hinweis, welche Machtgeflüste wir durch das Vertrauen zu unsern Verhandlungsvertretern, durch Geschlossenheit und Einigkeit in unsern Reihen zu parieren haben, schloß der Vorsitzende Caplar die sachlich und anregend verlaufene Zahlstellenversammlung.

**Breslau.** Die am 5. Februar stattgefundene Zahlstellenversammlung ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Kameraden Seifert. Alsdann erstattete Kamerad Goldschmidt den Geschäftsbericht des Vorstandes. Rückblickend auf das Jahr 1930, das für uns kein gutes gewesen sei und das Jahr 1931 seine Vorgänger voraussichtlich noch überreffen werde, zeige das starke Anschwellen der Arbeitslosenziffer, die fast fünf Millionen betrage. Die Arbeitslosigkeit im Zimmererberuf betrage allein 67 000. Von 1660 Mitgliedern unserer Zahlstelle arbeiten höchstens noch 100 Kameraden. Im Berichtsjahre standen 539 Gesellen und 195 Lehrlinge in Arbeit. Ohne Arbeit waren 929 Gesellen oder 63 % und 26 Lehrlinge das ganze Jahr hindurch. Die Rassenverhältnisse haben dadurch ungeheuerlich gelitten. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken an Gesellen betrug 27 993, die der Lehrlinge 10 151, dagegen der ausgegebenen Freimarken 49 657. Die hohe Zahl der ausgegebenen Freimarken beweise am besten die große Arbeitslosigkeit in unserer Zahlstelle. Die Gesamteinnahme betrug 120 528,43 M, davon bekam die Zentrale in bar und Belegen 76 749,76 M. Die Gesamtausgabe betrug 103 687,92 M. Der Lokalkassenbestand beträgt zur Zeit 15 625,50 M. Der Mitgliederbestand am Schluß des Jahres betrug 1660, davon 1439 Gesellen und 221 Lehrlinge. Die Tätigkeit des Vorstandes war eine sehr umfangreiche. Es wurden 11 Vorstandssitzungen, 4 Vertreter-, 7 Mitglieder-, 2 Platz- und

versammlungen anwesend. Der Versammlungsbesuch betrug durchschnittlich die Hälfte der Mitglieder. In der Jugendgruppe wurden unter Leitung des Kameraden Bernacki im 1. Vierteljahr wöchentlich 2 Modellierabende abgehalten. Es beteiligten sich regelmäßig 5 bis 6 Jungkameraden. Einige Klagen vor dem Arbeitsgericht brachten einen vollen Erfolg für die betreffenden Kameraden. — Der Rassenbericht vom 4. Quartal zeigte, daß die Rasse in bester Ordnung ist, und dem Kassierer wurde die beantragte Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand mit Ausnahme des 2. Kassierers, 2 Schriftführers und der beiden Revisoren wiedergewählt. Nach der Vorstandswahl richtete der Vorsitzende die dringende Mahnung an die Mitglieder, die bisherige Laissez-faire und Interessellosigkeit abzuschütteln und sich mehr als bisher am Organisationsleben zu betätigen. Nur durch Solidarität und gemeinsames Zielstreben aller organisierten Kameraden, durch festes, unüberbrückliches Zusammenhalten werden wir die kommenden Kämpfe erfolgreich bestehen. Mit einem Hoch auf unsern Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Dortmund und Umgegend.** (Jahresbericht.) Am 1. Februar fand unsere Zahlstellenversammlung statt. Den Jahresbericht des Vorstandes gab Kamerad Ott, er führte aus, daß das Berichtsjahr die Erwartungen, die daran geknüpft waren, nicht erfüllt hat. Die erwarteten Arbeitsmöglichkeiten blieben aus, trotz aller Versuche der Gewerkschaften durch Verhandlungen mit allen in Frage kommenden Auftraggebern und Behörden, Mittel für den Baumarkt zu bekommen. Lediglich wurden von der Landesversicherungsanstalt in Münster und der Reichspost Beträge für den Baumarkt angewiesen. Die Beschäftigungsmöglichkeit war daher sehr gering und hat die Arbeitslosigkeit gegenüber 1929 eine beträchtliche Steigerung erfahren. Im Jahresdurchschnitt 1929 waren 40,9 % und im Jahresdurchschnitt 1930 69,4 % unserer Verbandskameraden in der Zahlstelle arbeitslos. Daß unter diesen Umständen auch die Agitation sehr gelitten hat, ist selbstverständlich. Wir konnten im Berichtsjahr nur 2 Bezirke neu angliedern, und zwar den Bezirk Sordemann-Langscheid und den Bezirk Rammeln. Neu konnten der Organisation insgesamt 64 Kameraden zugeführt werden. Zur Erledigung der umfangreichen Arbeiten waren 150 Versammlungen, 24 Vorstandssitzungen, 28 Vertrauensmännerversammlungen notwendig. Für unsere Bau- und Platzdelegierten fanden 5 besondere Veranstaltungen statt. Platzagitation und Bautenkontrolle fanden insgesamt 116 statt. Die Lehrlingsbewegung nahm ebenfalls nicht den gewünschten Aufschwung. Wir hatten insgesamt 7 besondere Lehrlingsversammlungen und im 1. und 4. Quartal regelmäßig Modellierabende veranstaltet. Klagen aus dem Tarifvertrag waren insgesamt in 27 Fällen zu verzeichnen, von denen 11 Fälle durch persönliche Verhandlung mit den Unternehmern ohne Arbeitsgericht geregelt werden konnten. Am Arbeitsgericht sowie bei der Schlichtungskommission fanden in 12 Fällen 25 Termine statt. Die eingeklagte Summe betrug 2600 M, erzielt wurden 2457 M. Am Oberverwaltungsamt sind in 10 Fällen die Interessen der Kameraden wahrgenommen worden; ebenfalls mußte eine Reihe von Streitfällen bei den Arbeitsämtern durchgeführt werden. In allen diesen Fällen wurde zugunsten unserer Kameraden entschieden. Das Zusammenarbeiten zwischen Vorstand und Kameraden war gut, ernsthaftere Differenzen traten nirgends auf. In 390 Kameraden konnte die einmalige Sonderunterstützung von der Zentrale ausgezahlt werden. Der Rassenbericht vom 4. Quartal wurde ohne Diskussion genehmigt und dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes erfolgte glatt, lediglich für den ausgeschiedenen Schriftführer wurde Kamerad Fuchs neu gewählt, damit wurde bewiesen, daß der Vorstand die Interessen der Kameraden in jeder Hinsicht gewahrt hat und das Vertrauen der Kameraden im vollen Umfange besitzt. Anträge zur Zahlstellenversammlung lagen nicht vor. Es erfolgte noch die Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen und die Zahlstellenversammlung konnte dann mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband geschlossen werden.

**Göppingen.** (Jahresbericht.) Die Zahlstelle hielt am 17. Januar ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab zunächst den Geschäftsbericht und sprach anschließend über das Thema: „Arbeitslosigkeit und Unternehmerwillkür“. Sehr ausführlich behandelte der Referent die Ursachen und Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, und andererseits über die damit verbundenen Pflichten der Unternehmer, um den beabsichtigten Lohnabbau besser durchdrücken zu können. Der erstattete Rassenbericht wurde von der Versammlung genehmigt. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Gumbinnen.** (Jahresbericht.) Am 25. Januar fand unsere Generalversammlung, die sehr gut besucht war, statt. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Jahresbericht und schilderte die Arbeitsmarktlage sowie die übrigen Vorgänge innerhalb der Zahlstelle. Es haben 10 ordentliche, 2 außerordentliche und eine Generalversammlung sowie 5 Vorstandssitzungen stattgefunden. Der Mitgliederbestand betrug 116 Kameraden, davon 18 Lehrlinge. Der Rassenbericht wurde vom Kassierer sehr ausführlich gegeben und aus dem zu entnehmen war, daß auf Grund der großen Arbeitslosigkeit die Rassenverhältnisse der Lokalkasse als ungünstig zu bezeichnen sind. Die von den Revisoren beantragte Entlastung wurde einstimmig erteilt. Jugendleiter, Kamerad Bauries, erstattete Bericht vom Schulungskursus, der vom 11. bis 17. Januar in der Schule des ADGB bei Berlin stattfand. Bei der Vorstandswahl wurde der erste Vorsitzende neu, die übrigen Funktionäre wiedergewählt. Der Vorsitzende dankte den Kameraden für das entgegengebrachte Vertrauen und fordert die Kameraden auf, den Vorstand zu unterstützen; denn nur so sei es möglich, mit Erfolg vorwärtszuschreiten im Interesse des einzelnen und des Zentralverbandes. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

(Fortsetzung der Berichte Seite 78.)

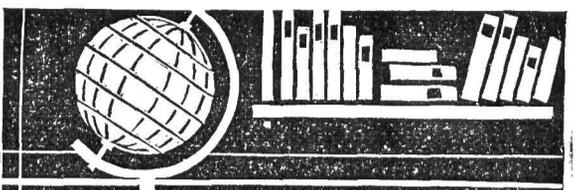
## Kameraden!

Sichert auch bei Erwerbslosigkeit eure Mitgliedschaft und damit eure Rechte im Verband. Haltet ständig Fühlung mit eurer Zahlstelle. Die Mitgliedsbücher erwerbsloser Kameraden sind durch Kleben der Freimarken laufend in Ordnung zu halten.

Baudelegierten- und 12 Lehrlingsversammlungen abgehalten. Der Vorstand vertrat die Kameraden in 23 Klagen beim Arbeitsgericht, 22 Einsprüche beim Spruchauschuß, 10 Schlichtungskammerersitzungen, 7 Streitfälle aus dem Lehrlingswesen. Außerdem dienten 153 Besuche auf den Baustellen zur Erledigung der Geschäfte. Das im Juli stattgefundene Jugendtreffen war außerordentlich stark besucht, und wies auch eine starke Beteiligung unserer Jungkameraden aus der Provinz auf. Mit dem Oberbürgermeister fand eine Aussprache über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse und über die Belegung des Baumarktes statt. Die schlechten finanziellen Verhältnisse unserer Stadtgemeinde wiesen eine trostlose Zeit auf, von der wir auch in diesem Jahre nichts Besseres zu erwarten haben. Großen Hoffnungen dürfen wir uns nicht hingeben, daß die Arbeitslosigkeit in unserer Zahlstelle in diesem Jahr eine geringere werde als im verflohenen Jahr. Am 31. März geht der Reichstarifvertrag seinem Ende entgegen. Das Unternehmertum wird versuchen, den Tarifvertrag zu verschlechtern. Doch dagegen werden wir uns zu wehren wissen. Kamerad Gafke ergänzte noch Verschiedenes zum Geschäftsbericht und wies besonders auf die Klagen am Arbeitsgericht hin, die viel Zeit in Anspruch nehmen. Bei mehreren Forderungen mußte leider später die Feststellung ergeben, „Pfändung fruchtlos“. Bei den 153 Besuchen auf den Baustellen hat sich vielfach ergeben, daß die Delegierten sich nicht in dem Maße einlegen, wie es sich unbedingt notwendig erwiesen habe. Mehrere Kleinigkeiten hätten bei etwas stärkerem Auftreten allein behoben werden können. Ein trauriges und auch sehr beschämendes Kapitel ist der Schulz unserer Lehrlinge, den die Gesellen bei den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen wenig oder gar nicht beachten und dabei der allergroßten Hilfe bedürfen. Auch sollten Klagen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, sofort gemeldet werden und nicht erst, wenn die Zeiten verstrichen sind. Der Geschäftsbericht gab Veranlassung zu einer regen Aussprache, wobei zum Ausdruck kam, daß der Vorstand und die beiden Angestellten im Sinne der Zahlstelle ihr Bestes getan haben. Anschließend gab Kamerad Goldschmidt von der Abrechnung vom 4. Quartal Kenntnis, die den Kameraden gedruckt vorlag. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Die hierauf sich anschließenden Vorstandswahlen ergaben einstimmige Wiederwahl des gesamten Vorstandes. Gegen die beiden Angestellten wurden Einwendungen nicht erhoben. Nach Aussprachen und Anregungen, die interner Natur waren, erfolgte Schluß der Vertreterversammlung.

**Deutsch-Oslau.** Am 31. Januar hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Bevor zur Tagesordnung übergegangen wurde, gedachte der Vorsitzende, Kamerad Otto Jverner, in ehrenden Worten des verstorbenen Kameraden Karl Conrad. Im weiteren Verlauf der Versammlung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Diesem ist zu entnehmen, daß auch unsere Zahlstelle durch die furchtbare Wirtschaftskrise stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Von 43 Mitgliedern hat nahezu die Hälfte weniger als 26 Wochen im Jahre arbeiten können. Der Mitgliederbestand ist stabil geblieben. Im Berichtsjahr haben 5 Monatsversammlungen und 2 Vorstandssitzungen stattgefunden. Der Gauleiter war in einer Bildungs-

# UNTERHALTUNG & WISSEN



## Der Wanderer und der Fremde

Skizze von Kurt Busse.

Wir saßen uns gegenüber und plauderten von der Welt mit ihren sonderbaren Dingen, die uns Menschen interessieren und unser Sein bestimmen. Ein kleines Gasthaus in den Bergen war unsere Bleibe. Beide waren wir gezwungene Gäste. Er war der Wanderer, der aus der Ferne kam und in die Weite wollte. Seine wetterfesten Züge waren von herben Falten durchzogen. Seine breiten Schultern trugen eine Jacke aus schwarzem Samt mit weißen Knöpfen aus Perlmutter. Die Beinkleider waren so, wie sie die Junstgefallen schon immer trugen. Sie waren derb gearbeitet und über den Schuhen auffällig weit. Sein breiter, schwarzer Hut, der immer sein Weggenosse war, hing wie verlassen an der Wand. Im Raum war es einsam und still. Im Ofen glimmte das Holz und spendete mäßige Wärme. Am Fenster schlugen die Regentropfen eine seltsame Melodie. Im Dorfe schienen sich die Füchse eine gute Nacht zu sagen.

So saßen wir uns eine Weile gegenüber. Die Müdigkeit war noch nicht da, aber auch die Stimmung zum Unterhalten fehlte scheinbar bei uns beiden.

Er war der Wanderer, der Länder und Städte, Berge und Täler, Seen und Flüsse gesehen hatte. Er kannte die Menschen aller Schattierungen. Sollte ich da für ihn der Fremde sein, der nichts versteht vom Leben und von der Welt? Wir saßen so nah beieinander und waren uns doch so entfernt! Er hatte keine Ahnung, wie eng wir beide vom Schicksal verbunden sind. Wie konnte er auch wissen, daß wir ein gleiches Los zu teilen haben. Er mußte die Welt durchschreiten, weil es die Tradition seines Berufs verlangt. Die Arbeit mußte er suchen, um leben zu können. Mühsen wir aber nicht alle hasten und jagen, wracken und haden, um uns im Kampf ums Dasein behaupten zu können? Sind wir nicht alle Brüder mit gleichem Los? Treibt uns unser Schicksal nicht immer von dem einen in den andern Tag. Für uns dürfte es keine Fremdheit geben. Unsere Heimat ist dort, wo wir unser Leben fristen können! So sind uns die Würfel gefallen.

Jahr für Jahr ziehen Tausende durch die Lande, um Arbeit und Brot zu suchen. Ob die Hitze den Körper ermattet oder die Kälte die Glieder erstarrt, was fragt die Menschheit nach jenen der Landstraße, die immer frohgestimmt über das Pflaster schreiten, wenn auch die Beutel leer sind und der Magen sich vor Hunger krümmt!

Er konnte ja nicht ahnen, daß sein Tischpartner auch die Welt durchschreiten muß, um — ganz so wie er und alle Menschen — leben zu können. Zwei gleiche und doch so verschiedene Menschen sahen sich in dem kleinen Gasthaus in den Bergen an und wußten nichts mit sich anzufangen. Der eine durchschritt die Lande, um Arbeit zu finden. Der andere zog von Ort zu Ort, um die Menschen in ihren Lebensverhältnissen zu sehen, um Land und Leute kennenzulernen. Verschieden war die Art der Wanderer, aber gleich waren die Wege.

Elf dumpfe Schläge sandte die Dorfuhre in die Nacht. Wir hatten nur wenig miteinander gesprochen. Es schien, als wollte keiner die Ruhe und Andacht der Nacht stören, vielleicht nur darum, weil sie so sonderbar, so unheimlich war. Jeder drehte von Zeit zu Zeit seine feuchten Kleider am Ofen um; denn am andern Morgen mußte ja die Wanderung weitergehen.

Wieder blickten wir uns an, da kam der Wirt zu uns und bot uns ein Kanne Tee an. Er fühlte wohl, daß uns beiden nichts mehr drückte. Fürwahr: unsere Taschen waren fast leer! Am andern Morgen konnten wir gerade noch das Schlafgeld entrichten.

Zwei Becher standen neben der Kanne. Der Wirt bat uns zum Trinken. Wir schlürften das heiße Gebräu in uns hinein. Auf's neue hatte ich die Becher gefüllt, als mein Nachbar seinen Ranzgen öffnete. Schweigend legte er von seinem Stück belegten Brot, das er vorsichtig aus einer Papierhülle gepellt hatte, die Hälfte für mich hin. Ich danke und ließ es gut munden.

Jetzt öffneten sich langsam seine Lippen. Bedrückt sagte er: „Ein schwerer Tag war es. So geht es nun fast schon drei Jahre, aber im Juni wird es vorbei sein!“ Als die letzte Hälfte des Sazes gesprochen war, da strahlte sein Gesicht. Fast drei lange Jahre lag er auf der Landstraße. Er hatte es sich leichter vorgestellt. Nur dann und wann hatte er gearbeitet. Auf manchem Hause sah er den Kranz wehen, aber — und das war ja sein Los der langen Zeit — so oft die bunten Bänder an den Kränzen auf den Gerüsten flatterten, mußte er weiter. Bis vor einer Woche hatte er Begleitung gehabt. Nach meiner Frage, wo denn der Kamerad geblieben ist, antwortete er teils betrübt, teils freudig gestimmt: „Seine Zeit war schon um. Er wird jetzt in der Heimat sein und sich freuen...“ Nach diesen Worten verfinsterte sich sein Gesicht, dann sagte er tief traurig: „Aber er wird auch wieder walzen müssen, denn das ist ja unser Los, ist ja ein Teil vom ehrbaren Handwerk.“

Jetzt waren wir uns näher gekommen. In uns war die Erkenntnis erwacht, daß alle Menschen viel vom Schicksal gemeinsam tragen müssen, nur sie merken das oft nicht...

In einem kleinen Zimmer hatten wir ein gemeinsames Lager. Um uns war es recht kalt. Nur dürftig waren die Decken. Konnte aber der arme Wirt für unsere Pfennige mehr bieten? — Wir waren ja froh, daß wir eine Bleibe hatten.

Am den Giebel des Daches pfiff der kalte Wind. Ziegelsteine klapperten. Fast schlaflos verging die Nacht. Stunde um Stunde hörten wir die Klänge der Dorfuhre. Wir hatten uns unsere Seelen aufgewühlt und uns unsere Nöte anvertraut. Was nutzte das aber alles? Erwacht

der Tag, dann tritt man wieder hinein ins Ungewisse! So geht es oft das ganze Leben.

Eine Woche blieben wir noch zusammen, dann mußten wir uns trennen. Der Abend in dem kleinen Gasthaus in den Bergen und die acht Tage gemeinsamer Not und Freude haben sich aber fest in Herz und Hirn geschrieben.

Oft fühle ich in Gedanken noch den derben Handdruck, der uns beim Abschied vereinte, dann ist alles vorbei, als war es nur ein Traum, der in einer Zeit geträumt wurde, wo es scheint, als sei der Mensch des Menschen Feind. Das Erlebnis als Ausnahme ist aber eine prächtige Erinnerung.

Schweren Herzens hatten wir uns getrennt; aber er mußte ja weiter, mußte hinaus in die Welt. Er schritt dem Frühling entgegen, der ihm vielleicht Arbeit, Verdienst und damit Lebensanteile bringen wird.

Ich blieb am Ort und durfte schaffen. Beide schritten wir aber, indem wir uns am Schicksal der Millionen trösteten, in die Zukunft.

„Wenn es Herbst wird“, so rief er beim Fortgehen, „bin ich in der Heimat!“ Aus ihm sprach unbändige Freude, die sein Mienenspiel erhellt.

Heimat... Heimat... dachte ich: Bist du für uns nicht dort, wo wir schaffen und als Menschen leben können?

Einst aber wird die ganze Welt unsere Heimat sein, wenn wir sie bezwungen haben und vereint als Brüder und Kameraden schreiten. --

## Mit den Schiffen vieler Nationen...

Mit den Schiffen vieler Nationen bin ich gefahren, aber nirgends war Heimat.

Ich wurde der Meere und Länder satt, war müde der rußlos vergeudeteten Jahre.

Ich schwor mir mit allen heiligen Schwüren: diese Fahrt soll die letzte sein.

Allein in den Adern der gärende Wein — wann wird den Trunkenen er wieder verführen.

Aufzubrechen aus der reichen und guten Umhegtheit der mütterlich sorgenden Geliebten? ... Die Heimweh-Wünsche zertrieben und stärker bleibt der Traum in die Unendlichkeit.

Kurt Offenburg.

## Aktuelle Zwiegespräche und Gemeinschaftsempfang

In der Parteipresse sind kürzlich die Vorteile gemeinschaftlicher Abhörstunden betont worden, die besonders wertvoll für ländliche Gebiete und kleinere Orte sind, weil dort nicht die Möglichkeit besteht, bekannte Redner zu hören oder eigene geistige Kräfte ausreichend einzusetzen. Diesem Mangel kann durch den Ausbau der Rundfunk-zwiesprache, die dann gemeinsam abzuhören sind, wirksam abgeholfen werden.

Natürlich des Rundfunkgesprächs Möltig-Jeder sind solche Abhörstunden, teilweise unter Leitung sachkundiger Genossen und Mitwirkung des Arbeiter-Radiobundes in verschiedenen Orten mit großem Erfolg durchgeführt worden. Auch in Berlin fand veranschaulicht ein Abhörabend statt, der einen so starken Besuch aufzuweisen hatte, daß dafür noch ein zweiter Saal zur Verfügung gestellt werden mußte. Die Veranstaltungen wurden von den Genossen Crispian und Baake geleitet. Im Anschluß an das Zwiesgespräch fand eine Aussprache statt, die wertvolle Anregungen für den Ausbau der Zwiesgespräche ergab. Außerdem wurde der sachliche Inhalt des Gesprächs, das infolge seiner Kürze manche Unklarheiten hinterließ, durch die Diskussion wirksam ergänzt. Durch diese Aussprache wurde das Gespräch für die Hörer in einer Weise wertvoll, wie dies beim Einzelhörer niemals der Fall sein kann.

Auf alle Fälle muß man es der „Deutschen Welle“ dank wissen, daß sie, wenn auch mit Vorsicht, so doch mit positiver Bejahung dem aktuellen Zwiesgespräch den Weg geöffnet hat. Der Rundfunk kann dadurch an Interesse und Sympathien in den breitesten Volksmassen nur gewinnen. Wir hoffen auch, daß die Einrichtung der Zwiesgespräche verständnisvoll ausgebaut wird und daß dazu vor allem Themen gewählt werden, die nicht nur im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehen, sondern zugleich konkreter und schärfer umrissen sind als das letztemal, damit die Redner besser die Möglichkeit haben, sich zu konzentrieren. An geeigneten Themen wird es sicher nicht fehlen.

Im übrigen gibt die Zentrumskorrespondenz „Funk und Schall“ jetzt auch den katholischen Organisationen den Rat, Gemeinschaftsempfang einzurichten. Bemerkenswert ist, daß sie sich dabei ebenfalls für eine stärkere Aktualisierung des Rundfunkprogramms einsetzt. Es sollten nach Meinung der Korrespondenz auf jeden Fall nur solche Fragen behandelt werden, die ein wacher, der Zeit offen gegenüberstehender Mensch stellt, und die das Ziel haben, die Gegebenheit der Zeit aufzuzeigen.

Wenn die aktuellen Zwiesgespräche in regelmäßigen Zeitabständen, selbstverständlich in den Abend-

stunden, an einem bestimmten Wochentag stattfinden würden, so würde das dem Gedanken des Gemeinschaftsempfanges sehr förderlich sein. Für die sozialistischen Organisationen wäre es jedenfalls dann ein leichtes, auf breiter Grundlage regelmäßige Hörabende einzurichten. Die Ortsgruppen des Arbeiter-Radio-Bundes, die den Gemeinschaftsempfang bereits seit Jahren pflegen, stellen ihre Erfahrungen den örtlichen Arbeiterorganisationen hierfür gern zur Verfügung.

## Der gute Baumeister und die böse Presse

Ein Berliner Baumeister, Dietrich mit Namen, hatte kürzlich sehr viel Pech. Wie das so geht. Eines Abends machte der gute Dietrich einen kleinen Bummel durch Berlin O. In der Nähe des Schlesischen Bahnhofes fiel er unter die „Räuber“. Doch hören wir, was der „Vorwärts“ über die Dinge, die sich im Anschluß daran entwickelten, kürzlich schrieb:

„Baumeister“ Dietrich, bekannt durch das phantastische Märchen von seiner Entführung und durch den Leberfall am Schlesischen Bahnhof, der ihm die Brieftasche kostete — der „Räuber“ Choborowki wurde seinerzeit zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt —, ist ein äußerst ruhmbegehrter Mann. Nicht genug, daß er nach jenem Leberfall seinen guten Namen durch alle Gassen schleppen ließ — nachdem er ihn schon vorher in den Kneipen am Schlesischen Bahnhof riskiert hatte —, riskierte er es jetzt, vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte auch noch den Rest zu verpielen. Er hatte nicht weniger als vier Berliner auf Sensation eingestellte Blätter wegen übler Nachrede verklagt. Die Zeitungen, so sagt er, haben Schauermärchen von ihm erzählt, um den Gaumen der sensationslüsternen Menge zu kitzeln, haben zu Unrecht von seinen Wildwestphantasien und seiner dunklen Existenz gesprochen, ihn „Baumeister“ in Gänsefüßchen genannt, ihn des Wuchers bezichtigt, durch die Verleumdungshege seinen Kredit erschütterte und seine Gesundheit geschädigt. Also verlange er nicht nur Bestrafung, sondern auch von zwei Blättern eine Geldbuße von je 1000 M und von den zwei andern eine solche von je 600 M.

Auf der Anklagebank saßen die verantwortlichen Redakteure der beklagten Blätter: Dr. Sirsch, Dr. Manfred Georg, Caro und Duschinski. Vor ihnen die Verteidiger, vier an der Zahl. Ihnen gegenüber als Nebenkläger der Baumeister Dietrich. Neben ihm sein Vertreter. Es wurde eine lustige Verhandlung. Schlechte Gesellschaft verdirbt gute Sitten. Also schimpfte der Baumeister wie ein Rohrpaß. Als einer der Verteidiger eine Untersuchung seines Geisteszustandes beantragte, rief er ihm zu: „In welcher Irrenanstalt haben wir zusammen gefessen, unverschämter Anwalt? Wir müssen uns in Deutschland von diesem Zeitungsgefindel viel gefallen lassen. Man sollte den Revolver nehmen und auf die Bande schießen.“ Mit der Beweisaufnahme hatte er wenig Glück. Man erfuhr aber manches Amüsante über den Wettlauf um Herrn Dietrich. Die Berichterstatter des einen Blattes erhielten von Frau Dietrich eine Abfuhr: Herr Dietrich sei nicht zu Hause. So tiefen sie vor dem Haus ein Auto halten, setzten sich hinein und warteten, daß er vielleicht doch noch kommen würde, plößlich sahen sie den Berichterstatter eines andern Blattes mit großer Geschwindigkeit die Barriere zu Dietrichs Wohnung nehmen. Er war ihnen also eine Kopfschläge voraus. „Kollege, das ist die Konkurrenz“, rief einer der Herren dem andern zu. „Schnell hinterher.“ Der von der Konkurrenz war aber bereits oben. „Unten sind zwei Schnüffler“, sagte er zu Herrn Dietrich. „Lassen Sie diese nicht herein.“ (Der Zeuge behauptete, er habe das nicht gesagt, das sei eine der Dietrichschen Lügen; Dietrich warf dagegen dem Zeugen Lügen vor.) Also waren alle drei Herren oben. Sie rückten Dietrich auf den Leib und bekamen von ihm das zu hören, was sie hinterher in ihren Zeitungen veröffentlichten. Als der Baumeister das las, fühlte er sich aber beleidigt.

Für Dietrichs guten Namen war nichts zu retten. Die Explosion des Baumeisters vor Gericht nutzte ihm nichts. Er fiel den Anwälten ins Wort, beleidigte sie und schrieb schließlich die Richter an: „Das ist eben kein deutsches Gericht.“ Der „nichtdeutsche“ Richter sprach sämtliche Redakteure frei. Die Zeitungen haben in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt.

## Heiratshäufigkeit und Beschäftigungsgrad

Nach den Untersuchungen des Statistischen Reichsamts stieg bei der günstigen Wirtschaftslage im Jahre 1925 die Gesamtziffer der Eheschließungen von ledigen Männern zeitweise über den Vorkriegsstand hinaus an, allerdings nur infolge der dauernden Erhöhung der Heiratshäufigkeit der über 30 Jahre alten Männer. Die unter 30jährigen heirateten auch im Jahre 1925 ständig weniger als im Durchschnitt der Jahre 1910 bis 1911. Unmittelbar nach dem Wiederanschwellen der Arbeitslosigkeit gegen Ende 1925 begann ein erneuter Rückgang der Heiratshäufigkeit, in dessen Verlauf sie bis zum dritten Vierteljahr 1926 sogar wieder den tiefsten Stand des Jahres 1924 erreichte. Von Ende 1926 bis Mitte 1928 stieg die Heiratshäufigkeit mit der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse fast ununterbrochen an. Auch die Heiratsziffer der unter 30 Jahre alten Männer lag im größten Teil des Jahres 1928 über dem Vorkriegsstand, da namentlich die in den Vorjahren unterbliebenen Eheschließungen zum Teil nachgeholt wurden. Die zunächst langsame Wiederabnahme der Heiratshäufigkeit im Jahre 1929 ist im Jahre 1930 mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise in einen raschen Abstieg übergegangen.

**Gräfenhainichen.** (Jahresbericht.) Die Zahlstelle hielt am 4. Januar ihre Jahreshauptversammlung ab. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Daraus war zu entnehmen, daß wir eines der schwersten Wirtschaftsjahre hinter uns haben. Aber trotz alledem ermahnte der Vorsitzende, auch weiterhin treu zur Organisation zu stehen. In Versammlungen wurden 9 abgehalten und 4 Vorstandssitzungen. 2 Vorträge, über „Bauarbeiterschuss“ und „Krankentassenwesen“, wurden seitens der Gauleitung abgehalten. Im Juni unternahm die Zahlstelle geschloffen einen Ausflug nach Thale im Harz. Auch dieser hat viel zur Stärkung der Organisation beigetragen. Unter anderm streifte der Vorsitzende auch die Tariffrage und ermahnte die Kameraden, die kommenden Ereignisse sehr eingehend zu verfolgen. Der Kassierer erstattete anschließend den Rassenbericht. Die beantragte Entlastung wurde einstimmig erteilt. Der bisherige Gesamtvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Unter Punkt „Gewerkschaftliches“ wurden noch verschiedene Zahlstellenangelegenheiten erledigt. Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung. — Am 17. Februar fand eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und erteilte Gauleiter Kameraden Laue das Wort zu einem Vortrag über „Wirtschaftskrise und Gewerkschaften“. Kamerad Laue erklärte den Anwesenden die jetzige Wirtschaftslage und die Stellung der Gewerkschaften hierzu. Er hob hervor, daß eine verkürzte Arbeitszeit viel dazu beiträgt, das Arbeitslosenheer zu verringern. Ebenfalls streifte der Referent auch die Tariffrage und erstattete den Bericht über die schon stattgefundenen Tarifverhandlungen, die aber ergebnislos verlaufen sind. In der Diskussion wurden verschiedene Fragen an den Referenten gestellt, die Kamerad Laue in seinem Schlusswort eingehend beantwortete. Daraufhin schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Groß-Seelheim.** Unsere Generalversammlung fand am 8. Februar statt. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht. Wie überall, so liegt auch hier das Baugewerbe vollkommen danieder. Gegenwärtig ist nur ein Lehrling im Zahlstellengebiet in Arbeit. Der Mitgliederbestand zeigt keine Veränderung. In einigen Fällen war es notwendig, Streitigkeiten beim Arbeitsamt zu erledigen. Der Vorsitzende fungiert seit dem 1. Januar 1931 als Arbeitsrichter; er nahm ebenfalls an einer Gauleitung in Frankfurt am Main teil. Unsere Jungkameraden beteiligten sich an dem Bezirksjugendtreffen in Frankfurt am Main. Auch auf das finanzielle Gebaren der Lokalkasse ging der Vorsitzende in seinen Ausführungen ein. Die Wiederwahl des Vorstandes erfolgte einstimmig. Hierauf referierte Kamerad Wilhelm, Frankfurt am Main, über das Thema: Wirtschaft und Gewerkschaft. Der Redner erläuterte die in diesem Zusammenhang stehende Frage in ausführlicher Weise. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Am Schluß der Versammlung wurden noch verschiedene Zahlstellenangelegenheiten erledigt.

**Hohenstein i. Ostr.** Die Generalversammlung unserer Zahlstelle, die am 25. Januar stattfand, nahm zunächst den Jahres- und Rassenbericht entgegen. Wie überall, hat sich auch hier die Wirtschaftskrise in ungünstiger Weise bemerkbar gemacht. Im Zahlstellengebiet waren auswärtige Kameraden beschäftigt, während unsere Mitglieder nicht restlos in Arbeit gebracht werden konnten. Der Kassierer forderte in seinem Bericht die Kameraden auf, die Beiträge in Zukunft pünktlich zu zahlen. Nachdem alle wichtigen Angelegenheiten der Zahlstelle behandelt waren, wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Unsere Zahlstelle, die erst im vergangenen Jahr gegründet wurde, hatte es schwer, sich durchzusetzen. Es ist jedoch unsere Aufgabe, die Zahlstelle weiter auszubauen, um dadurch den Verband zu stärken. Auch im neuen Jahr müssen wir unsere Kraft einsetzen, daß es mit der Zahlstelle vorwärts geht.

**Sujum.** (Jahresbericht.) Das Jahr 1930 wirkte sich auch infolge der großen Arbeitslosigkeit sehr schlecht im Zahlstellengebiet aus. Ein großer Teil der Kameraden konnte nicht in Arbeit kommen; einige konnten keine 26wöchige Beschäftigungszeit nachweisen; ein kleiner Teil konnte über 26 Wochen hinaus beschäftigt werden. Unser Mitgliederbestand blieb derselbe. Die Werbearbeit wurde von uns durchgeführt, wenn auch nur mit kleinem Erfolg. Diese Arbeit muß weiter verfolgt werden, denn es tauchen in Kreise doch noch unorganisierte Zimmerer auf. Die geschäftlichen Angelegenheiten der Zahlstelle wurden in 13 Mitgliederversammlungen und 3 Vorstandssitzungen erledigt. An 2 weiteren Vorstandssitzungen hat der Gauleiter teilgenommen, in einer Sitzung waren gleichzeitig auch die Vorstände der Zahlstellen Bredstedt, Niebüll und Tönning anwesend zwecks Beratung zum Aufbau unserer Gewerkschaft und der Werbearbeit. In Klagesachen wurden innerhalb der Zahlstelle 6 mit Erfolg durchgeführt, davon einige ohne beantragten Rechtschuss beim Zentralvorstand. Schlichtungskommissions-sitzungen fanden des öfteren statt, weil das Gebiet mit den dazugehörigen Inseln Nordstrand und Pellworm ein großes ist. Die Streitigkeiten wurden durch Vergleich erledigt. Der Versammlungsbefuch der Kameraden war ein guter, er betrug durchschnittlich 50%. Es muß noch erwähnt werden, daß etliche Kameraden auswärts und auf den Inseln arbeiten. Die Lehrlingszahl ist zurückgegangen. Lehrlinge sind nur 4 organisiert, davon sind 2 auf Bauschule, der Rest von 9 Lehrlingen steht uns noch fern; diese zu erfassen, muß jetzt und in nächster Zeit versucht werden. Die Führung der Kassengeschäfte ist eine gute, Beanstandungen fanden keine statt. Revisionen wurden pünktlich alle Vierteljahr abgehalten; die Abrechnungen wurden pünktlich erledigt. Bei der Auszahlung der Weihnachtunterstützung wurden reichlich 20 Kameraden bedacht. Die Wohlfahrtsempfänger erhielten eine Weihnachtunterstützung außerdem aus der Lokalkasse. Die Leitung der Zahlstelle wurde laut Generalversammlungsbeschluss dem alten Vorstand wieder übertragen.

**Karlruhe.** (Jahresbericht.) Am 25. Januar fand im Volkshaus unsere Zahlstellenversammlung statt, die von allen Bezirken außer Bruchsal besucht war. Vor Beginn der Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der vier, durch den Tod dem Verbands entzogenen Kameraden,

die in der üblichen Weise geehrt wurden. Aus dem Geschäftsbericht des Kameraden Tropp war zu entnehmen, daß das Jahr 1930 für unsere Zahlstelle ein Jahr der Krise war. Die Zahl der Erwerbslosen lag das ganze Jahr 8 bis 10% über den Durchschnittszahlen unseres Gaues. Der ausführliche Bericht über die Entwicklung unseres Lohnes, mit dem Vergleich der sich fortgesetzt steigenden Zahl der Erwerbslosen seit dem Jahre 1925, mußte jeden Kameraden zu der Ueberzeugung bringen, daß starke Gewerkschaften heute notwendiger sind denn je. Waren unsere Lohnhöhungen seit 1925 auch nicht immer eine Erhöhung des Reallohnes, sondern manchenmal nur ein Steuerungsausgleich, so muß dennoch die Vorwärtsentwicklung anerkannt werden. Der Kassierer, Kamerad Groß, gab den Rassenbericht bekannt, woraus zu ersehen ist, daß der Verkauf von Beitragsmarken im 4. Quartal am besten war. Sehr viel Mühe gab sich der Kassierer bei der Aufstellung einer ausführlichen Jahresbilanz. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm Entlastung erteilt. Mit Ausnahme des Schriftführers, der auf Wiederwahl verzichtete, sowie des verstorbenen 2. Kassierers, wurde die Verwaltung wiedergewählt. Anschließend wurden noch tarifpolitische Fragen behandelt und zu einem eventuellen Tarifabschluß Stellung genommen. Mit einem Appell an die Kameraden, auch im neuen Jahre dem Verbands die Treue zu halten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Kassel.** (Jahresbericht.) Am 1. Februar fand im Gewerkschaftshaus unsere Jahreszahlstellenversammlung statt, an der 29 Bezirke vertreten waren. Der Vorsitzende, Kamerad Hörauf, erstattete den Jahresbericht. Die Bautätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr war sehr gering. Industriebauten wurden gar nicht ausgeführt. Der Wohnungsbau in seiner heutigen Einfachheit und leichten Bauweise brachte für die Zimmerer recht wenig Beschäftigung. Die furchtbare Wirtschaftskrise brachte es mit sich, daß in der Hochsaison über 50% unserer Mitglieder arbeitslos waren. Obwohl alles versucht wurde, die Bauwirtschaft in Gang zu bringen; zu diesem Zweck wurden Eingaben an alle Behörden gemacht, die Not der Bauarbeiter wurde eingehend geschildert und praktische Vorschläge gemacht, doch scheiterte fast alles an der Aufbringung der Mittel. Der Bezirksstarifvertrag, der von den Unternehmern zum Zwecke eines Lohnabbaues schon frühzeitig gekündigt war, und nachdem die Verhandlungen alle Instanzen des Schlichtungswesens durchlaufen waren, fielte das Haupttarifamt einen Schiedspruch, daß alles beim alten blieb. Trotzdem wurde aber doch von verschiedenen Unternehmern versucht, die Löhne zu kürzen. Durch ein energisches Eingreifen der Organisation gelang es aber, in allen Fällen einen Lohnabbau zu verhindern. Unorganisierte sind im Zahlstellengebiet nicht vorhanden, doch muß in der weiteren Umgebung noch gewaltige Arbeit geleistet werden, um die uns noch fernstehenden für den Zentralverband der Zimmerer zu gewinnen. Große Arbeit hatte die Verwaltung an den beiden Baustellen Hemfurth und Peterskopf. Diese Arbeiten wurden als Notstandsarbeiten ausgeführt. Viele Beschwerden mußten abgestellt werden. Außer gütlichen Verhandlungen mußte viermal der Schlichtungsausschuß und einmal das Tarifamt angerufen werden, die aber alle für uns mit Erfolg endeten. Großer Zeitaufwand mußte für Streitigkeiten der Sozialgesetzgebung verwandt werden. So waren 64 Einsprüche am Spruchauschuß, 16 Klagen beim Arbeitsgericht, 9 Klagen am Innungsgericht erforderlich, ohne die große Anzahl von Streitfällen, die bereits im Verwaltungswege erledigt werden konnten. Den Jungkameraden wurde die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Außer Vorträgen und Ausflügen wurde ein Modellierkurs, von sachkundiger Hand geleitet, durchgeführt. Die Fachgruppe der Polierer, die 29 Mitglieder zählt, begrüßte besonders das Erscheinen des Fachblattes „Der Zimmerpolierer“. Leider herrscht aber auch in dieser Gruppe große Arbeitslosigkeit. Kamerad Friedrich erstattete den Rassenbericht, woraus zu entnehmen war, daß die Ausgaben an Unterstützungen die Einnahmen ganz erheblich überstiegen. In der Aussprache wurde der Verwaltung allerseits für die geleistete Arbeit Anerkennung ausgesprochen. Die beiden Revisoren beantragten Entlastung des Gesamtverbandes, die auch einstimmig angenommen wurde. Anschließend hielt Gauleiter Kamerad Ebert einen Vortrag über den Ablauf des Reichstarifvertrages. Der Referent schilderte die Tarifpolitik unseres Verbandes und rechnete scharf mit dem reaktionären Unternehmertum ab. Das Einkommen der schaffenden Bevölkerung noch mehr zu schmälern, schwäche nur die Kaufkraft und vergrößere dadurch noch die Arbeitslosigkeit. Bei den diesjährigen Verhandlungen müsse das Hauptgewicht auf Arbeitszeitverkürzung gelegt werden, damit die Arbeitslosen wieder Beschäftigung erhalten. Es muß alles versucht werden, eine Lohnsenkung zu verhüten. Wie die Verhandlungen auch ausgehen, der Zimmererverband ist gerüstet. In der Aussprache wurde von linksgerichteter Seite die Einstellung der Gewerkschaften zur Abwehr des Lohnabbaues scharf angegriffen. Ebert konnte in seinem Schlusswort nachweisen, daß die Zeit zum Kampf sich die Gewerkschaften aussuchen müssen und nicht, wenn es den Unternehmern oder den Inverantwortlichen paßt. Ganz besonders verwies er auf das Treiben der NSD. und verschwieg auch nicht die Einstellung des Zentralvorstandes der Zimmerer hierzu. Eine im Sinne der Ausführungen gehaltene Entscheidung wurde einstimmig angenommen. Im weiteren Verlauf der Tagung wurde noch ein Beschluss gefasst, daß ab 1. März von allen, soweit sie Unterstützung erhalten, für die Freimarke 10 S. als Beitrag für Kolporture bezahlt werden soll, damit eine pünktliche Zustellung des „Zimmerers“ erfolgt und durch die lang anhaltende Arbeitslosigkeit die Kameraden mit der Organisation in Verbindung bleiben. Der alte Vorstand wurde einstimmig wieder gewählt, nur wurde eine Umstellung vorgenommen. Am Rosten zu sparen, soll der Angestellte die Kassengeschäfte mit übernehmen. Mit einem Hoch auf den Zentralverband der Zimmerer wurde die Versammlung geschlossen.

**Launing a. d. O.** (Jahresbericht.) Das Berichtsjahr war nicht nur für den Bezirk Nordschwanen, sondern auch für die Zahlstelle Launing und Umgebung ein Jahr

der Enttäuschung. Die Wirtschaftslage lastete schwer auf unserm Gebiet. Die Folge war, daß nur ein Teil unserer Kameraden Arbeit erhalten konnten. In sehr vielen Fällen war es nicht möglich, die zum Bezug der Arbeitslofenunterstützung nötigen 26 Wochen Beschäftigung aufzuweisen. Es haben 5 ordentliche und eine Generalversammlung stattgefunden. Am 24. Januar fand die Generalversammlung statt. Dem Kassierer, der den Rassenbericht erstattete, wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Wahl des Vorstandes zeigt keine Veränderung in der bisherigen Zusammensetzung. Hierauf hielt der Gauleiter, Kamerad Schönamsgruber, einen Vortrag über „Gewerkschaft und Tarifverträge“. In seinen Ausführungen streifte er die zerlegende Arbeit der NSD. und der Hitlerleute. Beide Gruppen seien bestrebt, die Einheit der Arbeiterklasse zu verhindern. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband fand die Versammlung ihren Abbruch.

**Murnau.** Am 18. Januar fand unsere Generalversammlung statt, zu der alle Kameraden erschienen waren. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick über das Geschäftsjahr 1930. Der Kassierer erstattete den Rassenbericht und auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Wahl der Vorstanderschaft ging schnell vor sich, da die bisherigen Funktionäre wiedergewählt wurden. Die durchgeführte Agitation hatte wegen der schlechten Arbeitsmöglichkeiten nicht den erhofften Erfolg gebracht. Nach Erledigung verschiedener Verbandsangelegenheiten fand die Generalversammlung ihren Abbruch.

**Münberg.** Am 24. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Zum Rassenbericht, den Kamerad Rappel gab, ist zu erwähnen, daß sich die Wirtschaftskrise auch in den Finanzen unserer Zahlstelle widerspiegelt. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Im Verbandsbericht beleuchtete Kamerad Heid die wirtschaftliche und politische Lage. Die Weltwirtschaftskrise, die Deutschland am meisten in Mitleidenschaft zieht, hat sich im Baugewerbe katastrophal ausgewirkt. Rund 45% aller im Gau Nordbayern organisierten Zimmerer waren das ganze Jahr arbeitslos. Die Krise, die durch die anarchische Produktionsweise des Kapitalismus verursacht wurde, soll jetzt auf dem Rücken der Arbeiter durch Lohnabbau liquidiert werden. Darum ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft einig und geschlossen den Kampf gegen das Unternehmertum führt und sich nicht durch unverantwortliche Elemente noch mehr zersplittern läßt. Nur die freien Gewerkschaften sind der Boden, auf dem die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter wirkungsvoll vertreten werden können. Am die Geschäfte der Zahlstelle abzuwickeln, waren eine Zahlstellenversammlung, 14 Verwaltungssitzungen und 8 Mitgliederversammlungen notwendig. In der Diskussion, die ziemlich erregt verlief, konnten von den Vertretern der NSD. keine positiven Argumente vorgebracht werden. Am so mehr wurde mit persönlichen Beschimpfungen gearbeitet. Auf Grund eines Antrages wurde beschlossen, daß vor Abschluß des Reichstarifvertrages eine Gauleitung stattfinden soll, um ein einheitliches Vorgehen in der Lohnfrage zu gewährleisten. Die Neuwahl der Verwaltung brachte außer dem zweiten Vorsitzenden und ersten Schriftführer keine Veränderung.

**Plauen i. V.** (Jahresbericht.) Am 25. Januar fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Zu Punkt 1 erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. In längeren Ausführungen nahm er nochmals einen Rückblick auf das Jahr 1930 vor. Die Arbeitslosigkeit der Kameraden im Zahlstellengebiet war ständig 62 bis 65%, auch während der Sommermonate. Wie dringend notwendig die Arbeitszeitverkürzung am Plage ist, zeigt das große Arbeitslosenheer im Baugewerbe. Leider haben dafür die Unternehmer kein Verständnis. Die Verhandlungen im Frühjahr zum Lohn- und Arbeitsstarif haben gezeigt, daß die Unternehmer auf Antrag der Arbeitnehmer, die Arbeitszeit auf 44½ Stunden pro Woche zu verringern, sich nicht eingelassen haben. Im Berichtsjahr haben stattgefunden: 18 Mitgliederversammlungen und 1 Funktionärerversammlung, 8 Vorstandssitzungen und für die Jungkameraden 36 Modellierabende. Außerdem mußte in 8 Fällen die Schlichtungskommission, in 5 Fällen der Ausschuss für Lehrlingsstreitigkeiten sowie in 5 Fällen das Arbeitsgericht in Anspruch genommen werden. Am Bomag-Streit waren 9 Kameraden beteiligt. In kurzen Ausführungen gab Jugendleiter, Kamerad Hoffmann, einen Bericht über die Jugendabteilung. In Punkt 2 erstattete der Kassierer den Rassenbericht. Ueber alle Anfragen wurde vom Kassierer erschöpfende Auskunft erteilt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Beim Punkt „Neuwahl“ trat eine wesentliche Veränderung nicht ein, da der alte Vorstand wiedergewählt wurde. Kamerad Veier dankte allen anwesenden Kameraden im Namen des Vorstandes für das entgegengebrachte Vertrauen. Im Schlusswort ermahnte der Vorsitzende, daß alle Kameraden dem Verbands die Treue bewahren sollen, und betonte, daß nur eine geschlossene Gewerkschaftsbewegung den Damm der Unternehmer zu zertümmern in der Lage ist. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Riesa.** (Jahresbericht.) Am 1. Februar fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die im vorigen Jahre gestorbenen Kameraden in üblicher Weise geehrt. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen war, daß auch die Zahlstelle im verflossenen Jahre von der furchtbaren Wirtschaftskrise schwer betroffen wurde. Private Bauten waren so gut wie gar nicht zu verzeichnen, und die aus öffentlicher Hand im Sommer ausgeführten Wohnungsbauten waren in ganz kurzer Zeit fertiggestellt. Dies brachte mit sich, daß die meisten unserer Kameraden fast das ganze Jahr hindurch arbeitslos waren. Die geschäftlichen Angelegenheiten wurden durch 9 Vorstandssitzungen, 8 Mitgliederversammlungen, davon 5 mit Vorträgen, und 2 Betriebsversammlungen geregelt. Bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis mußte in 6 Fällen von der Verbandsleitung eingeschritten werden, 4 Fälle fanden durch Rückprache mit dem Unternehmer ihre Erledigung. In einem Falle mußte das Arbeitsgericht und in andern der Innungsausschuß für Lehrlingsstreitig-

feiten angerufen werden, sämtliche Streitfälle konnten zu unfern Günsten entschieden werden. Auch die Jugendabteilung hat im vorigen Jahre gute Fortschritte gemacht. In den Modellierabenden zeigten die Jungkameraden für ihre berufliche Weiterbildung großes Interesse. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: Bestand vom vorigen Jahr 355, eingetreten 8, zugereist 2, ausgetreten 4, gestrichen 1, gestorben 3, abgereist 7, somit blieb am Jahreschluss ein Bestand von 350 Kameraden. Der alte Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt, woraus zu ersehen ist, daß er seine Arbeit zur Zufriedenheit der Kameraden gelöst hat. Als Vertreter des Gauvorstandes war Kamerad Klinkte, Dresden, erschienen, sein einstündiges Referat über Wirtschaftskrise und Gewerkschaften wurde von den anwesenden Kameraden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Eine Debatte über die Ausführungen des Referenten wurde nicht gewünscht. Nach Erledigung einiger Zahlstellenangelegenheiten erfolgte Schluß der interessanten und von gutem Gewerkschaftsgeist getragenen Versammlung.

**Saarbrücken.** (Jahresbericht.) Am 25. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Neben den Geschäftsbericht referierte Kamerad Hoffmann. Der Bericht lag den Kameraden gedruckt vor. Es wurden getätigt im Geschäftsjahr 1 Generalversammlung, 1 Delegiertenkonferenz, 9 Mitgliederversammlungen, 14 Vorstandssitzungen und 143 Versammlungen in den Bezirken der Zahlstelle. Ebenfalls wurde eine Reihe von Lohnverhandlungen für die Bezirke der Pfalz und für das Moselgebiet in Lothringen geführt. Klagen am Arbeitsgericht wurden 9 geführt, davon 6 gewonnen. Durch Vergleich wurden 3 Klagen abgeschlossen. 2 Klagen am Schöffengericht wurden mit Rechtsschutz verhandelt, davon 1 gewonnen und 1 verloren. Die Mitgliederbewegung hielt sich im Rahmen des vergangenen Jahres. Bestand am Schluß 1929: 580 Kameraden und am Schluß 1930: 570. Der Kassenbericht sah vor in Einnahmen und Ausgaben für die Zentrale 22 959 51 M. Die Lokalkasse hatte an Einnahmen 55 108,38 Fr., an Ausgaben 53 136,46 Fr., so daß ein Lokalbestand von 1972,92 Fr. verblieb. Nachdem die Revisoren die Angaben als richtig befunden hatten, konnte dem Kassierer auf Antrag Entlastung erteilt werden. Die Neuwahl der Funktionäre ging glatt vonstatten, indem der alte Vorstand mit einigen Ausnahmen einstimmig wiedergewählt wurde. Die übrigen Posten wurden ebenfalls dem engern Vorstand übertragen, ein Zeichen, daß dieser es wiederum verstanden hat, im vergangenen Jahre praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten zur Zufriedenheit der Kameraden. Anschließend behandelte der Gauleiter, Kamerad Engler, in einem Vortrag die gegenwärtige Wirtschaftslage. Ausgehend von den früheren und gegenwärtigen Verhältnissen im Reich, sowie von den Abwehrkämpfen der Buchdrucker, ging der Referent auf die uns bevorstehende Lohnbewegung ein. Der Redner streifte die große Arbeitslosigkeit, was auf die Erdrosselung des Baumarktes zurückzuführen ist. Zum Schluß seiner Ausführungen ermahnte der Referent, daß wir in dieser kritischen Zeit fest zusammenhalten müssen, damit wir in dem kommenden Kampf dem Unternehmer die Stirn bieten können. Dem Gauleiter wurden für seine Ausführungen von allen Kameraden Beifall gezollt. In der Diskussion sprachen die Kameraden im Sinne des Referenten. Nachdem der Vorsitzende noch die Lohnverhältnisse in unserm Gebiet besprach und Kamerad Hoffmann über die Erwerbslosenpflichtarbeit Aufklärung gab, wurde die Versammlung geschlossen.

**Schramberg.** Unsere Generalversammlung, die am 23. Januar stattfand, hätte besser besucht sein müssen. Der Gauleiter, Kamerad Kempf, referierte über das Thema: Wirtschaftskrise und Gewerkschaften. Am Schluß wurde das Ergebnis ausgesprochen, alles daranzusetzen, tatkräftig am Ausbau der Organisation mitzuwirken. Hierauf gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Auch der Gauleiter beteiligte sich an der Aussprache. Im vergangenen Jahre haben eine Reihe von Veranstaltungen stattgefunden, unter andern eine Agitationsversammlung in Röttenberg. Es galt, noch fernstehende Kameraden für den Verband zu gewinnen. Dem Kassierer, der den Kassenbericht erstattete, wurde Entlastung erteilt. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. Am Schluß der Versammlung wurden verschiedene Fragen aus der Arbeitslosenversicherung besprochen und Unklarheiten geklärt. Mit dem Wunsche, daß kommende Versammlungen noch besser besucht werden, fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Schwerin i. M.** Unsere Generalversammlung nahm zunächst den Kassenbericht entgegen. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf berichtete der Vorsitzende über die wichtigsten gewerkschaftlichen Ereignisse im Jahre 1930. Die Erwerbslosigkeit unter den Kameraden habe im Jahresdurchschnitt 31 % betragen. Sehr vielen Kameraden war es nicht möglich, die Anwartschaft zum Bezüge der Arbeitslosenunterstützung zu erreichen. In ausführlicher Weise behandelte der Vorsitzende die Entwicklung in der Lohnfrage. Größere Aktivität aller Kameraden sei angesichts der Lage notwendig. Die geschäftlichen Angelegenheiten der Zahlstelle wurden in 12 Versammlungen und ebensoviel Sitzungen erledigt. Die Finanzen der Zahlstelle sind befriedigend, und der Mitgliederbestand ist stabil geblieben. An besondern Unterstützungen wurden aus lokalen Mitteln 377 M. ausgezahlt. In einem Fall wurde Rechtsschutz gewährt. Auch der Jugendleiter gab einen Bericht über die geleistete Arbeit. Der Gauleiter, Kamerad Hinrichs, referierte über den Reichstarifvertrag und trug die Wünsche des Verbandes in dieser Frage vor. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt; ebenfalls wurde ein Delegierter in die Bauarbeiterschuttkommission gewählt. Die nächste Versammlung soll am 27. Februar stattfinden.

**Weißwasser.** (Jahresbericht.) Am 20. Januar tagte im Volkshaus unsere Generalversammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erteilte der Vorsitzende dem Gauleiter, Kamerad Köhler, das Wort zu einem Vortrage über „Die Organisationen im Baugewerbe“. Redner verstand es in ausgezeichneter Form, beginnend vom Mittelalter bis zum heutigen modernen Organisationsleben, die Entwicklung des Zimmerergewerbes und

**Sue selbst, was du andern predigst!**

Jeder Mensch, der in seiner Wohnung oder an seiner Arbeitsstelle über einen Gegenstand stolpert, der fahrlässigerweise im Wege steht oder liegt, wird mit ziemlicher Sicherheit kräftig zu schimpfen anfangen. Und er hat auch durchaus recht, wenn er derartige Nachlässigkeit und Rücksichtslosigkeit seiner Familienangehörigen oder seiner Arbeitskollegen mit scharfen Worten rügt.



Bestell-Nr. — 302 — der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften

Wer aber ist frei von Schuld auf diesem Gebiet? — Wie unendlich oft wird „nur für einen Augenblick“ ein Stuhl oder Schemel, ein Werkzeugkasten, ein Arbeitsstuhl, ein Brett oder eine Kiste beiseite gestellt, die dann entgegen der ursprünglichen Absicht viertelstunden- oder gar stundenlang stehen bleibt und vielleicht ganz vergessen wird. Besonders gefährlich ist diese Ansitze in dunklen Räumen und Gängen oder an unübersichtlichen Stellen.

Man unterschätze nicht die Gefahr eines einfachen Fallses oder Sturzes auf ebener Erde! Sind doch im letzten Berichtsjahr des Statistischen Reichsamts 39 518 Unfälle, darunter 49 tödliche, allein in den berufsgenossenschaftlich versicherten Betrieben vorgekommen. Die Zahl sämtlicher derartiger Unfälle ist noch erheblich größer, wahrscheinlich dreimal so groß!

Seine Bedeutung von einst und jetzt den anwesenden Kameraden vor Augen zu führen. Redner streifte in längeren Ausführungen die Ursachen der großen Wirtschaftskrise, die nur in der kapitalistischen Wirtschaftsweise begründet liegen. Im so mehr sei es erforderlich, daß die Stosskraft der Arbeiterorganisation nicht geschwächt wird und jeder einzelne sich in den Dienst stellen und immer mehr Zimmerer dem Verbandsführer zustimmen mußte. Zum zweiten Punkt erstattete der Vorsitzende einen kurzen Jahresbericht. Redner betonte, daß das verlossene Jahr sich als das schlechteste ausgewirkt habe, das beweise der Stand der Arbeitslosigkeit innerhalb unserer Zahlstelle mit durchschnittlich 58 % der Mitglieder. Was die Agitation im Zahlstellengebiet anbelangt, konnte das gesteckte Ziel auf Grund der gegenwärtigen schlechten Zeit nicht voll erreicht werden. Bei den Lohnverhandlungen im Frühjahr 1930 konnte der Lohn dank unserer Organisation gehalten werden. In Streitigkeiten wurde ein Fall in einer Sitzung der Schlichtungskommission, betreffend Höhenzulage am Wasserturm durch Vergleich erledigt. Ferner ging aus dem Jahresbericht hervor, daß 6 Mitgliederverträge abgehalten wurden, letztere wurden vom Gauleiter, Kamerad Köhler, abgehalten mit den Themen: a) „Unser Zentralvorstand und die Kämpfe im Baugewerbe“, b) „Wirtschaftskrise und Gewerkschaftsarbeit“. Bei den Lohnverhandlungen in Görlitz am 11. März sowie auf der Funktionärskonferenz am 13. April in Görlitz war unsere Zahlstelle vertreten. Durch den Tod wurden zwei treue Kameraden aus unsern Reihen gerissen, und zwar die Kameraden Fabian und Sol. In der Bauarbeiterschuttkommission ist Kamerad Domel vertreten. Die Kontrollen werden gemeinschaftlich mit dem Baugewerksbund vorgenommen und sind beachtliche Fortschritte auf diesem Gebiet zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 63 Kameraden, davon 1 Lehrling. Hierauf erstattete der Kassierer einen kurzen Jahreskassenbericht, der durch die Revisoren bestätigt wurde. Trotz der miserablen Zeit verblieb ein Lokalkassenbestand von 440 M. Dem Kassierer wird Entlastung erteilt. Die anschließend vorgenommene Neuwahl ergab, Wiederwahl der bisherigen Funktionäre mit Ausnahme einiger Neubesetzungen. Zum Schluß richtete der Vorsitzende die dringende Bitte an alle Kameraden, auch ferner dem Verbands die Treue zu wahren, um den Instürmen der Zukunft als geschlossene Macht gegenüberzustehen. Nach Erledigung verschiedener Verbandsangelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Treuburg, Ostpr.** Am 20. Januar tagte unsere Generalversammlung. Die Kameraden vom Lande, darunter auch Unorganisierte, waren ziemlich vollzählig erschienen. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und erteilte dem Gauleiter das Wort. Der Gauleiter, Kamerad Finsel, behandelte die Verbandsarbeit, die seit der Gründung bis jetzt geleistet worden ist. Erwähnenswert war das erste Bild, das den ersten Kongress der Zimmerer aus dem Jahre 1868 darstellte. Einige Bilder stellten

die Erfolge dar, die die Zimmerer damals hatten, andere wiederum, wie sie schikaniert worden sind. Der Vortrag hatte auf die Anwesenden einen großen Eindruck ausgeübt. Es konnten einige Renaufnahmen verzeichnet werden. Darauf sprach der Vorsitzende dem Gauleiter seinen Dank aus, ferner dankte er den Kameraden für ihr Erscheinen. Der Kassierer, der einen Funktionärkursus in Bernau mitgemacht hat, hielt uns einen fesselnden Vortrag über den Wert unserer Organisation, er knüpfte an die Schlussrede des Gauleiters an und führte uns die Funktion der einzelnen Vorstandsmitglieder vor Augen. Im Kassenbericht wollte einer der Revisoren einen Fehler gefunden haben; der sich aber nur als Schreibfehler herausstellte. Dem Kassierer wurde darauf einstimmig Entlastung erteilt. Dann wurde der neue Vorstand gewählt. Der Gauleiter sprach darauf ein kurzes Schlusswort und der neue Vorsitzende schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Verband die Versammlung.

**Baugewerbliches**

**Berufliche Fortbildung der Hamburger Zimmerer.**

Erebsamen Hamburger Zimmerern ist Gelegenheit geboten, sich in ihren freien Stunden beruflich weiterzubilden durch die an der Siemens Gewerbe-Lehranstalt, Hamburg, Steindamm 81, bestehenden technischen Abendkurse, die es ermöglichen, ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit sich in Theorie, Veranschlagen und Entwürfen auszubilden. In der Abteilung Hochbau wird unterrichtet über Holzkonstruktionen, Schiffungen, Steinkonstruktionen, Gewölbbau, Entwerfen von Etagenhäusern, Geschäfts-, Beamten- und Einfamilienhäusern, öffentlichen Gebäuden, über Veranschlagen und Ausführung, Eisenbetonbau usw. Der Unterricht ist viermal wöchentlich abends. Er besteht aus Vorträgen und Konstruktionsübungen, in denen Entwürfe in der von der Praxis geforderten Art angefertigt werden, und wird von Architekten, Ingenieuren und Landmessern erteilt, die Hochschulbildung, langjährige Praxis und Berufserfahrung haben. Das neue Unterrichtshalb-jahr beginnt Mitte April. Programme und Auskunft täglich abends von 6 bis 8 Uhr in der Lehranstalt, Steindamm 81. In Anbetracht der hohen Bedeutung, die eine theoretische und zeichnerische Ausbildung im Verein mit praktischer Erfahrung für das Berufsleben hat, sei hiermit auf die Lehranstalt hingewiesen.

**Gewerkschaftliches**

**Die 40-Stunden-Woche im Werftbetrieb.**

Die Verkürzung der Arbeitszeit wird noch in weiteren Industrie- und Gewerbegruppen zur Durchführung gebracht. Unter andern sind einige Schiffswerften in Kiel dazu übergegangen, die Arbeitszeit auf 40 Stunden zu verkürzen. Die Howaldtswerft in Kiel schreibt zu der von ihr getroffenen Maßnahme folgendes: „Geht man von einer Belegschaft von etwa 1000 Mann aus, so leisten diese 1000 Mann in einer 48stündigen Arbeitswoche, wie bislang, 48 000 Stundenwerke. Um die gleiche Leistung in 40 Wochenstunden zu erreichen, müssten also 20 % Arbeiter mehr eingestellt werden, da 1200 Arbeiter in einer 40stündigen Arbeitswoche gleichfalls 48 000 Stundenwerke leisten. Legt man einmal einen durchschnittlichen Stundenverdienst von 1 M zugrunde, so würden nach Abzug von Steuer- und Sozialbeiträgen 1000 Arbeiter (verheiratet mit einem Kind) in 48 Stunden verdienen 1000 mal 42,05 Mark = 42 050 M, dagegen 1200 Arbeiter in 40 Stunden 1200 mal 35,23 M = 42 276 M. Die bisherigen Vollarbeiter büßten also bei einer solchen Regelung 6,82 M pro Woche resp. 1,13 M pro Tag ein. Um dieses Opfer nach Möglichkeit zu verringern, erklärte sich auf Anregung der Gewerkschaften die Stadt Kiel bereit, die auf die Arbeitnehmer entfallenen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen, wodurch sich die Verdienstminderung der bisherigen Vollarbeiter im obigen Beispiel auf 91 3 pro Tag ermäßigte.“

Gegenüber dem Opfer, das der Stadt Kiel zugemutet wird, verpflichtet sich die Werft von den neu einzustellen den Arbeitern mindestens 8 % aus den Reihen der Wohlfahrts-erwerbslosen zu nehmen. Dadurch wird die Stadt von dieser Seite entlastet. Die Millionenarmee der Erwerbslosen könnte verringert werden, wenn überall ähnlich wie in Kiel verfahren würde. Allerdings können wir uns keinesfalls damit einverstanden erklären, daß die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich geschieht. Das Opfer, das hier den Arbeitern zugemutet wird, ist riesengroß.

**Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege**

**Sonntage rechnen zur Wartezeit**

Nach einer grundsätzlichen Entscheidung des Spruchsenats für Arbeiterversicherung vom 10. Oktober 1930 (IIIa Nr. 202/30) sind Sonntage in die Wartezeit des § 110 ff. A.B.G. einzurechnen.

In der Begründung heißt es: Der Kläger hat sich am 16. November 1929 arbeitslos gemeldet und am 19. November 1929 Antrag auf Gewährung von Arbeitslosenunterstützung gestellt. Da der Kläger fünf zuschlagsberechtigte Angehörige hat, hat ihm der Vorsitzende des Arbeitsamts die Arbeitslosenunterstützung gemäß § 110b Abs. 1 Nr. 3 A.B.G. nach Ablauf einer Wartezeit von drei Tagen bewilligt. Bei Berechnung der Wartezeit hat der Vorsitzende des Arbeitsamts den 17. November 1929, einen Sonntag, nicht mitgezählt, so daß an den Kläger erst vom 20. November an die Arbeitslosenunterstützung gezahlt worden ist. Gegen diese Berechnung der Wartezeit hat der Kläger Einspruch eingelegt mit der Begründung, daß auch der Sonntag in der Wartezeit einzurechnen sei, und daß ihn daher die Arbeitslosenunterstützung schon vom 19. November an zustehe. Der Spruchauschuß hat den Einspruch zurückgewiesen. Auf

die Berufung des Klägers hat die Spruchkammer die Sache an den Spruchsenat abgegeben zur grundsätzlichen Entscheidung der Frage, ob Sonntage in die Wartezeit gemäß § 110b des Arbeitslosenversicherungsgesetzes einzurechnen sind. (Der § 110b Abs. 1 bestimmt, daß die Wartezeit regelmäßig dauert: 1. 14 Tage bei Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigte Angehörige; 2. 7 Tage bei Arbeitslosen mit einem, zwei oder drei zuschlagsberechtigten Angehörigen und 3. 3 Tage bei Arbeitslosen mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen.)

Die Spruchkammer bejahte diese Frage. Der Senat hat der Gesetzesauslegung der Spruchkammer zugestimmt und zwar aus folgenden Gründen:

In der Entscheidung 3292 (N. 1928 S. VI 350, EuM. Band 23 S. 239 Nr. 107) ist bereits ausgesprochen, daß Sonntage, die an den Anfang, in den Lauf oder das Ende der dreitägigen Wartezeit des § 110 Abs. 1 A. V. G. alter Fassung fallen, in die Frist einzurechnen sind. Die gleichen Erwägungen, die den Senat zu dieser Auslegung führten, treffen auch auf § 110 sowie die Vorschriften des § 110 und 110a in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des A. V. G. vom 12. Oktober 1929 zu und sind auch für deren Auslegung maßgebend. Es ergibt sich kein Anhalt dafür, daß der Gesetzgeber bei der Änderung der Vorschriften über die Wartezeit durch das bezeichnete Gesetz vom 10. Oktober 1929 von dem in der Entscheidung 3292 ausgesprochenen Grundsatz über die Einbeziehung der Sonntage in die Wartezeit abgehen wollte. Die Einfügung einer Wartezeit zwischen Arbeitslosmeldung und Beginn der Unterstützungszeit beruht auf der Erwägung, daß der Arbeitslose in der Regel noch eine gewisse kurze Zeit ohne Unterstützung leben kann. Das Gesetz sieht diese Wartezeit als das Höchstmaß der Zeit an, während der der Arbeitslose ohne Unterstützung auskommen muß. Er muß für diese Zeit den Unterhalt bestreiten, ohne daß er dazu eine Arbeitslosenunterstützung erhält. Es ist nach dem Sinn und Zweck der Wartezeit für deren Berechnung also entscheidend, daß der Arbeitslose den Unterhalt für die Wartezeit selbst aufbringen muß. Da der Arbeitslose auch Sonntags für seinen und seiner Angehörigen Unterhalt sorgen muß, muß der Sonntag in die Wartezeit eingerechnet werden. Darauf, wieviel der Versicherte während der Wartezeit verdienen könnte, wenn er in Arbeit stände, oder wie groß der Gesamtbetrag seiner Arbeitslosenunterstützung während der Wartezeit sein würde, wenn er keine Wartezeit durchzumachen hätte, kommt es für die Bemessung der Wartezeit nicht an.

Die Gesetzesauslegung der Spruchkammer war somit gemäß § 182 Abs. 2 A. V. G. zu bestätigen.

### Politische Wochenchau

Aus dem Reichstag und seinen Ausschüssen — Gefrierfleischimport vom Ausschuss beschlossen — Nur beim Diätenempfang streifen sie nicht — Nazi-Reinfall in Bayern — Politische Kaufbolde in der Statistik — Nazi-Niederlage in Bremen

Die Beratungen über den Etat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft waren sehr umfangreich. Besonders versuchte Reichsminister Dr. Schiele unter allen Umständen, durch weitere Zollerhöhungen die Großgrundbesitzer zu schützen. Dabei wurde auch über einen Gesetzesentwurf zur Erhöhung der Zollsätze und über das Agrarprogramm, das dem Reichstag vorgelegt wurde, eingehend gesprochen. Die Endabstimmungen über den Etat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sind auf diese Woche verlegt worden. — Der Haushaltsausschuss des Reichstages hat mit den Beratungen über den Etat des Reichsarbeitsministeriums begonnen. Die Beratungen wurden eingeleitet mit einer Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald, der eingehend zur Arbeitslosenfrage, zur Frage der amtlichen Lohnpolitik, des Schlichtungswesens und zur gegenwärtigen Verfassung der gesetzlichen Sozialversicherung Stellung nahm. Der Minister betonte, daß es ein Allheilmittel zur Befehung der gegenwärtigen Krise weder in Deutschland noch in der ganzen Welt gebe. Eingehend wurde auch Stellung genommen zu den Forderungen der Gewerkschaften über die Arbeitszeitverkürzung. Der Minister betonte, daß eine schematische Arbeitszeitverkürzung in unserer komplizierten Volkswirtschaft nicht durchgeführt werden kann. Nach Überzeugung des Ministers kann nur das Sanierungsprogramm der Reichsregierung wirksamste Abhilfe schaffen. Das bedeutet, daß unter allen Umständen Ordnung in die Finanzen der öffentlichen Hand gebracht wird und nur damit verbunden eine Belebung der Wirtschaft gewährleistet werden kann. Die generelle Durchführung des 9. Schuljahres würde ebenfalls nicht den Erfolg zeitigen, so betonte der Minister, um der großen Arbeitslosigkeit wirksam entgegenzutreten. Da der Etat des Reichsarbeitsministeriums sehr umfangreich ist, werden die Beratungen im Ausschuss längere Zeit in Anspruch nehmen. — Der Strafrechtsausschuss des Reichstages behandelte den dritten und vierten Abschnitt des neuen Strafgesetzbuches. Die große Mehrheit des Ausschusses war mit der Vorlage einverstanden, wonach besonders eine stärkere Bestrafung für alle Delikte, die gegen die Staatsform verstoßen, vorgesehen ist. Der Ausschuss nahm die Abschnitte, die Angriffe gegen den Staat, die Vergehen bei Wahlen und Abstimmungen und die Störungen der Beziehungen zum Ausland betreffend, im wesentlichen in der Fassung der Vorlage an.

Im handelspolitischen Ausschuss des Reichstages wurde mit 11 gegen 8 Stimmen der sozialdemokratische Antrag angenommen, wonach am 1. März zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch wieder ein Kontingent von 50 000 Tonnen Ge-

frierfleisch jährlich zur zollfreien Einfuhr zugelassen wird. Für den Antrag stimmten außer den Sozialdemokraten die Kommunisten und die Staatspartei. Zwei Zentrumsabgeordnete enthielten sich der Stimme. Durch Fehlen der fünf Nationalsozialisten und der beiden Deutschnationalen war es möglich, dem Antrag eine Mehrheit zu verschaffen.

Im Hauptausschuss des Sächsischen Landtages streifen die Nationalsozialisten schon seit einiger Zeit. Sie erscheinen zwar pünktlich zu Beginn jeder Sitzung und schreiben sich in die Anwesenheitsliste ein, um die Diäten nicht zu verlieren, verschwinden aber dann schleunigst, ohne an den Sitzungsarbeiten teilzunehmen. Eine solche niedrige Gesinnung kann nicht genug an den Pranger gestellt werden. Nunmehr ist dem Ausschuss die Geduld gerissen und er hat an die Nationalsozialisten die Frage gestellt, ob sie sich den Verpflichtungen als Mitglieder unterwerfen und insbesondere das ihnen zugefallene Schriftführeramt wieder besetzen wollen. Da sie diese Frage verneinten, wird nunmehr der Aeltestenrat des Landtages sich mit der Frage zu beschäftigen haben, ob angesichts einer so konsequenten Untätigkeit die Weitergewährung der Diäten an die streikenden Ausschussmitglieder noch am Platze sei.

Nach dem Auftrieb der Nationalsozialisten am 14. September versuchte die kleine Hitlerfraktion im Bayerischen Landtag mit allen Mitteln, die Auflösung des Landtages zu erzwingen, um die Konjunktur bei den Wählern möglichst für ihre Parteiinteressen auszunutzen. Da ihr auf normalem Wege kein Erfolg beschieden war, reichten sie Ende Oktober Klage beim bayerischen Staatsgerichtshof ein mit dem Antrag, der Staatsgerichtshof möge alle Beschlüsse des Landtages seit der bekannten Entscheidung des gleichen Gerichtshofes vom 16. Februar 1930 für ungültig erklären. Diese letzte Hoffnung der Hakenkreuzler auf rasche Neuwahlen wurde nunmehr durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofes zerstört. Die Klage der Nazis wurde abgewiesen. Zu dem Fiascotrug nicht zuletzt die Vertretung der Klage durch den berühmten Anwalt des Dritten Reiches, Frank II, bei, der ohne jegliche Kenntnis der Sachlage eine völlig unzulängliche juristische Begründung gab, dafür aber sein Plaidoyer mit politischen Bemerkungen spickte. Wegen einer dieser Anwürfe wurde er auch vom Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes zurechtgewiesen.

Im preussischen Ministerium des Innern wurde eine Statistik geführt über die politischen Raufhändler der radikalen Parteien im Jahre 1930. Aus der Zahlen-tabelle ist zu ersehen, daß die Nazis 521 Versammlungen, dagegen die Kommunisten 1873 Versammlungen anderer Parteien zu sprengen versuchten. Da aber beide Parteien ohne Krach und Kauferei nicht leben können, sorgten sie auch im eigenen Lager für den nötigen Betrieb. Die Nazis ließen 955, die Kommunisten 1258 eigene Versammlungen im Kravall beschließen. Während des Jahres 1930 wurden in Preußen von der Polizei 1080 Schuß-, Stoß- und Stiebwaren von Versammlungsbesuchern beschlagnahmt. Auf Antrag der Einberufer mußten im Jahre 1930 von der preussischen Polizei 23 946 Versammlungen im Freien und 34 742 Versammlungen in geschlossenen Räumen geschlüsselt werden. Die Statistik weist noch eine Reihe von Fällen auf, wo es zu besonders schweren Raufhändeln gekommen war. Das beweist sehr deutlich, in welcher Aufregung und Leidenschaft von den extremen Parteien heute Politik betrieben wird.

In der Bremer Bürgerschaft stand ein nationalsozialistischer Mißtrauensantrag gegen den Senat zur Abstimmung. Der Antrag wurde gegen 46 Stimmen der Antragsteller, der Deutschnationalen, Hausbesitzer- und Wirtschaftspartei abgelehnt; während sich alle den Senat bildenden Parteien der Stimme enthielten. Nach der Ablehnung brachten die Deutschnationalen und Nationalsozialisten einen Antrag auf Auflösung der Bremer Bürgerschaft ein, der Ende dieser Woche zur Abstimmung kommen wird. Auch dieser Antrag wird mit Bestimmtheit abgelehnt und somit sind alle Versuche der Nationalsozialisten im Bremer Senat, nach dem Muster von Fricl und Franzen zu regieren, als mißlungen anzusehen.

### Briefkasten der Redaktion

E. G. 4 Durch die Belastung des Grundstücks kann nicht ohne weiteres auf Befreiung von der Hauszinssteuer erkannt werden. Bei Grundstücken, die am 31. Dezember 1918 unbelastet waren, ist der Betrag der Steuerantrag so weit herabzusetzen, daß er nicht mehr als 10 % der Friedensmiete ausmacht. Den Ländern steht das Recht zu, zum Zwecke der Angleichung die Sätze zu erhöhen oder herabzusetzen auf Grund des Gesetzes über den Geldwertverteilungsausgleich bei bebauten Grundstücken vom Juli 1926.

R. U. E. 1. Die auf Grund des Gerichtsbeschlusses festgesetzten Kosten, gleichgültig, ob Dir die Kündigung bekannt war oder nicht, sind Deinerseits zu tragen.

H. R., Göttingen. Nach Ablauf der regulären Hauptunterstützungszeit von 26 Wochen und wenn nach Prüfung der Bedürftigkeit die Notwendigkeit der Gewährung von Krisenunterstützung vorliegt, wird diese geleistet. — Durch die Änderungen in der letzten Zeit ist es sehr schwer, Dir eine bestimmte billige Textausgabe zu empfehlen. Am besten ist das Buch vom A. V. G. Verlag herausgegebene, von Spließ, Bröcker, mit Kommentaren, vierte erheblich verbesserte Auflage.

Unbekannt R. Als leistungspflichtige Krankenkasse kommt in Deinem Fall Bad Völs in Frage. Im übrigen ist das ein Streitverfahren der Verwaltungsbehörde. Bis heute sind Deine Ansprüche aus der Krankenversicherung ja schon längst abgelaufer.

Bunzlau 5. Bei Betriebskrankentassen zählt der Ausschuss höchstens 50 Vertreter der Versicherten. Der Arbeitgeber oder sein Stellvertreter führt den Vorsitz.

Strafreger C. S. Ueber Verurteilungen, die in das Strafreger aufgenommen sind, ist nach Ablauf von fünf Jahren nur beschränkt Auskunft zu erteilen, wenn auf Verweis oder auf Geldstrafe oder auf Freiheitsstrafe von höchstens drei Monaten erkannt worden ist, mit Ausnahme der Fälle, wo Ueberweisung an die Landespolizeibehörde angeordnet wurde. Diese Frist beginnt mit dem im Strafreger vermerkten Tage der Verurteilung. Für alle übrigen Fälle beträgt die Frist zehn Jahre. Dagegen beginnt diese Frist mit dem Tage, an dem die Strafe vollstreckt, verjährt oder erlassen ist. War der Verurteilte zur Zeit der Tat noch nicht 18 Jahre alt, so verkürzt sich die Frist von fünf auf drei und die von zehn auf sechs Jahre.

Lübben W. B. Durch ein Versehen sind wir heute erst in den Besitz Deiner Anfrage gekommen und können Dir mitteilen, daß die Unterstützungsätze des Arbeitsamtsbezirk Lübben in Frage kommen. Das gleiche gilt für die dort gültigen Sätze bei berufsbüchlicher Arbeitslosigkeit.

Ein Rechtsuchender. Der große Senat besteht aus dem Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, zwei richterlichen Beamten, zwei vom Reichsrat gewählten Mitgliedern, zwei ständigen Mitgliedern, ferner zwei Arbeitgebern und zwei Vertretern der Versicherten.

### Literarisches

"Diktatur! Soziale Demokratie oder faschistische Diktatur." 20 Seiten. Mit farbigen illustrierten Umschlag. Preis 10 S. Verlag: Werbeabteilung der SPD., Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Diese Streitschrift ist im gegenwärtigen Moment von besonderer Bedeutung. Die Gefahr besteht, daß die Jungen im Proletariat nicht alle wissen — befürchtet der Verfasser — was es heißt, o h n e Demokratie, in der Diktatur, zu leben. Diese Gefahr überwinden zu helfen dient das kleine, weitläufige Schriftchen in ausgearbeiteter Weise. Der geringe Preis, 10 S., wird ihre Verbreitung wesentlich fördern. Die Broschüre ist durch alle Volksbuchhandlungen, die Parteisekretariate der SPD. oder direkt durch die Werbeabteilung, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

Ein systematischer Ueberblick über die gesamte deutsche Sozialversicherung in Tabellenform ist joesen im Verlage der Leipziger Buchdruckerei A.-G., Leipzig C 1, Tauchaer Straße 19/21, erschienen. Die Broschüre ist verfaßt von Fran, Abteilungsleiter der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig. Sie ist in dritter Auflage zur Ausgabe gelangt und enthält in kurzen, übersichtlichen Umrissen das Hauptfachliche aus allen Gebieten der Sozialversicherung. Sie behandelt vor allen Dingen die gesetzlichen Vorschriften, mit denen die Versicherten und Arbeitgeber aller Sozialversicherungszweige, Angehörigen und Beamten der Versicherungsanstalten, Funktionäre aller Art, Angehörigen der Schutzpolizei, Soldaten, Reichs-, Staats- und Gemeindebediensteten fast täglich zu tun haben. Die Broschüre eignet sich auch als Unterlage für Prüfungs- und Fortbildungskurse. Sie enthält statistisches Material, das sehr oft benötigt wird. Der Preis beträgt pro Exemplar 1 M.

"Die Gemeinde." Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. 8. Jahrgang, Heft 2/3. Erscheint am 1. und 15. jedes Monats. Verlag F. S. W. Dieck Nachf., G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Bezugspreis für Deutschland monatlich 90 S.

"Der Wahre Jacob." Illustrierte Zeitschrift für Satire, Humor und Unterhaltung. 52. Jahrgang. Seit 4. Erscheint 14tägig und ist zum Preise von 30 S. in allen Volksbuchhandlungen zu haben. Verlag F. S. W. Dieck Nachf., Berlin SW 68.

### Sterbetafel.

- Apolda. Am 17. Februar starb unser jugendlicher Kamerad **Erich Kalkoff** im Alter von 16 Jahren an Lungenleiden.
- Berlin. Am 22. Januar starb unser invalider Kamerad **August Merwitz** im Alter von 80 Jahren an Lungen Schlag und Arterienverkalkung.
- Bremen. Am 16. Februar starb unser Kamerad **Aurust Anger** im Alter von 58 Jahren an Nierenleiden.
- Bunzlau. Am 12. Februar starb unser Kamerad **Ernst Pertzel** im Alter von 67 Jahren.
- Frankfurt am Main. Am 15. Februar starb unser Kamerad **Johann Lehr** im Alter von 61 Jahren an Herzschlag.
- Karlsruhe. Am 18. Februar starb unser Kamerad **Engelbert Klumpp** im Alter von 65 Jahren an Schlaganfall.
- Neugersdorf. Am 6. Februar starb unser Kamerad **Alwin Hauptmann** im Alter von 55 Jahren an Magenkrebs.
- Riesa. Am 14. Februar starb unser Kamerad **Franz Käseberg** im Alter von 49 Jahren an Herzschwäche.
- Rosock. Am 18. Februar starb unser Kamerad **Fritz Bunge** im Alter von 58 Jahren an Leberkrebs.
- Sprottau. Am 10. Februar starb unser Kamerad **Oskar Arnhold** im Alter von 75 Jahren durch Freitod.
- Stettin. Am 15. Februar starb unser Kamerad **Ernst Dau** im Alter von 55 Jahren an Herzschlag. — Am 16. Februar starb unser Kamerad **Wilhelm Zienow** im Alter von 65 Jahren an Lungenentzündung. — Am 18. Februar starb unser Kamerad **Wilhelm Humrich** im Alter von 81 Jahren an Altersschwäche.
- Zittau. Am 18. Februar starb unser Kamerad **Edmund Hauser** im Alter von 55 Jahren an Herzschlag.

Ehre ihrem Andenken!

### Paul Gerulles, fremder Zimmerer,

geboren in Tschhoe (Holstein). Letzter Aufenthalt Anfang Januar im Krankenhaus in Mannheim. Ende Deine Adresse sofort an Deinen Bruder in Tschhoe (Holstein), Lindenstraße 127. [4,50 M]